

Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Bank- und Kapitalmarktrecht im 1. Halbjahr 2025

von Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof Dr. Peter Rädler, LL.M. (Cantab), Karlsruhe und Rechtsanwältin Dr. Katja Lembach, Karlsruhe

Nachstehend haben wir für Sie die im 1. Halbjahr 2025 verkündeten und inhaltlich begründeten Entscheidungen des Bundesgerichtshofs mit Bezügen zum Bank- und Kapitalmarktrecht zusammengefasst¹. Berücksichtigt sind die bis zum 22. Juli 2025 veröffentlichten Entscheidungen; später veröffentlichte Entscheidungen aus dem 1. Halbjahr 2025 werden in die nachfolgende Rechtsprechungsübersicht aufgenommen.

Die Gliederung der nachfolgenden Zusammenfassung orientiert sich an den in § 14I FAO aufgeführten bank- und kapitalmarktrechtlichen Schwerpunkten, die für die Erlangung der Fachanwaltsbezeichnung "Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht" erforderlich und im Rahmen der Fortbildung nachzuweisen sind.

Besonders hervorzuheben sind die folgenden Entscheidungen:

In einer Entscheidungsserie vom 04. Februar 2025 hatte der XI. Zivilsenat in mehreren Verfahren nach dem Unterlassungsklagengesetz Gelegenheit, sich zur Wirksamkeit eines formularmäßig vereinbarten Entgelts für die "Verwahrung" von Einlagen bei Giroverträgen,

_

Alle nachfolgend behandelten Entscheidungen des Bundesgerichtshofs können <u>hier</u> auf dessen Internetseite kostenlos im Volltext abgerufen werden. Zur Vereinfachung für Sie haben wir in den Fußnoten sämtliche Aktenzeichen mit der Entscheidungsdatenbank des Bundesgerichtshofs verlinkt. Frühere Berichtszeiträume sind aufrufbar auf unserer Website ("Aktuelles") unter dem Menüpunkt "Newsletter".



Seite 2 von 75

Tagesgeldkonten und Spareinlagen zu äußern (Urteile des XI. Zivilsenats vom 04. Februar 2025 – XI ZR 65/23; XI ZR 61/23; XI ZR 161/23 und XI ZR 183/23 – Newsletter, S. 3 f.)

- Zur Verjährung des Bereicherungsanspruch des Kunden gegen die Sparkasse wegen eines ohne Rechtsgrund vom Girokonto des Kunden abgebuchten Entgelts hat der XI. Zivilsenat entschieden, dass die Rechtslage hinsichtlich der AGB-rechtlichen Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionsklauseln vor Verkündung des Senatsurteils vom 27. April 2021 (XI ZR 26/20, BGHZ 229, 344) nicht unsicher und zweifelhaft war, so dass dem Kunden die Erhebung einer Rückforderungsklage bereits vor Verkündung dieses Urteils zumutbar gewesen ist (Urteil des XI. Zivilsenats vom 03. Juni 2025 XI ZR 45/24 Newsletter, S. 21).
- Der XI. Zivilsenat hat erneut zur Ordnungsgemäßheit der Angabe über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung in einem Immobiliar-Verbraucherdarlehensvertrag entschieden (Urteil des XI. Zivilsenats vom Urteil vom 20. Mai 2025 – XI ZR 22/24 – Newsletter, S. 29).
- Sind Organe verschiedener juristischer Personen mit ein und derselben natürlichen Person besetzt und hat diese eine schadenstiftende unerlaubte Handlung in unterschiedlichen "amtlichen" Eigenschaften begangen, haften nach der Zuweisungsnorm des § 31 BGB für den eingetretenen Schaden alle juristischen Personen, für die sie insoweit als Organ in dem ihm zugewiesenen Wirkungskreis aufgetreten ist, als Gesamtschuldner (§ 840 Abs. 1 BGB). Das hat der III. Zivilsenat im Zusammenhang mit der Haftungszuweisung im Rahmen eines "Schneeballsystems" entschieden (Urteil des III. Zivilsenats vom 06. März 2025 III ZR 137/24 Newsletter, S. 44).



Seite 3 von 75

- Erneut hinaus hatte der XI. Zivilsenat in mehreren KapMuG-Verfahren umfassend Gelegenheit, zu behaupteten Prospektfehlern bei Schiffsfonds zu befinden, u.a. hinsichtlich der Angaben, die ein Verkaufsprospekt hinsichtlich eines Bewertungsgutachtens für das Anlageobjekt enthalten muss (Beschluss des XI. Zivilsenats vom 11. März 2025 XI ZB 1/24 XI ZB 29/21 Newsletter, S. 51) und inwieweit Angaben zu dem bestehenden Angebot an und der bestehenden Nachfrage nach Containerstellplätzen sowie deren prognostizierte Entwicklung zu machen sind (Beschluss des XI. Zivilsenats vom 06. Mai 2025 XI ZB 30/21 Newsletter, S. 53).
- Das Einfrieren von im Inland und Ausland verwahrten Wertpapieren durch die Zentralverwahrerin von Wertpapieren (Wertpapiersammelbank) auf einem Sperrkonto sieht der XI. Zivilsenat als Eigentumsverletzung bzw. Verletzung eines sonstigen Rechts im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB an. Einer Rechtfertigung einer solchen Rechtsgutsverletzung mit drohenden US-Sekundärsanktionen setzt er vor dem Hintergrund der EU-Blocking-VO enge Grenzen (Urteil des XI. Zivilsenats vom 18. März 2025 XI ZR 5/23 Newsletter, S. 63).
- 1. Geschäftsverbindung zwischen Bank und Kunden, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen, Bankvertragsrecht, das Konto und dessen Sonderformen

a)

In einer Entscheidungsserie vom 04. Februar 2025² hatte der XI. Zivilsenat in mehreren Verfahren nach dem Unterlassungsklagengesetz Gelegenheit, sich zur Wirksamkeit eines formularmäßig vereinbarten Entgelts für die Verwahrung von Einlagen bei Giroverträgen, Tagesgeldkonten und Spareinlagen zu äußern.

BGH, Urteile vom 04. Februar 2025 – XI ZR 65/23, XI ZR 61/23, XI ZR 161/23 und XI ZR 183/23 – jeweils juris.



aa) Seite 4 von 75

Nach der Entscheidung im Verfahren XI ZR 65/23³ unterliegt die von einer Bank für eine Vielzahl von **Giroverträgen** in dem vorformulierten Preis- und Leistungsverzeichnis enthaltene Klausel zu einem "**Verwahrentgelt**"

"Privatkonten

Freibetraq14

[...]

Entgelt für die Verwahrung von
Einlagen über 10.000 EUR pro Jahr 0,50 % p.a.

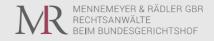
¹⁴ Vom Kunden zu zahlendes Verwahrentgelt bei Neuanlage/Neuvereinbarung ab 01.04.2020 für Einlagen über 10.000 EUR Freibetrag auf das auf dem Konto verwahrte Guthaben, das den aktuellen Freibetrag übersteigt."

keiner richterlichen Inhaltskontrolle nach § 307 Abs. 3 Satz 1 BGB. Sie verstößt aber gegen das Transparenzgebot und ist im Verkehr mit Verbrauchern gemäß § 307 Abs. 3 Satz 2, Abs. 1 Satz 1 und 2 BGB unwirksam. Zudem erfordert die Einführung eines Verwahrentgelts für Guthaben auf Girokonten, die im Rahmen bestehender Giroverträge geführt werden, einen den Erfordernissen der § 305 Abs. 2, § 311 Abs. 1, §§ 145 ff. BGB genügenden Änderungsvertrag (Anschluss an Senatsurteil vom 27. April 2021, XI ZR 26/20, BGHZ 229, 344 Rn. 38).

Nach der Beurteilung des Senats unterliegt die Klausel **keiner AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle** nach § 307 Abs. 3 Satz 1 BGB, weil sie eine **Hauptleistung aus dem Girovertrag** bepreist.⁴ Der Girovertrag ist ein **Zahlungsdiensterahmenvertrag** nach § 675f Abs. 2 BGB, soweit die Bank aus ihm verpflichtet ist, für den Kunden ein Zahlungskonto (§ 675c Abs. 3 i.V.m. § 1 Abs. 17 ZAG) zu führen und Zahlungsaufträge auszuführen. Jedoch umfasst das Giroverhältnis nach Ansicht des Senats regelmäßig noch

BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – XI ZR 65/23 – juris.

⁴ a.a.O. – juris, Rn. 22.



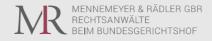
Seite 5 von 75

weitere Leistungen der Bank, die dem Zahlungsdiensterecht nicht notwendig unterliegen. Letzteres gilt insbesondere im Hinblick auf die Darlehens- (§§ 488 ff. BGB) und unregelmäßigen Verwahrungsverhältnisse (§ 700 BGB), die auf Grundlage des Giroverhältnisses durch Ein- und Auszahlungen auf bzw. vom Girokonto begründet oder erfüllt werden. Soweit das Girokonto überzogen ist, liegt neben dem Zahlungsdiensterahmenvertrag ein Darlehensvertrag nach §§ 488 ff. BGB in der Form des Überziehungskredits vor. Ist demgegenüber auf dem Girokonto ein Guthaben vorhanden. lieat neben dem Zahlungsdiensterahmenvertrag unregelmäßige Verwahrung nach § 700 i.V.m. §§ 488 ff. BGB vor.5 Da sich weder die Kreditgewährung durch Überziehung des Girokontos noch die Verwahrung der dem Girokonto gutgeschriebenen Beträge mit Hilfe des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c ff. BGB) rechtlich würdigen lassen, sind insoweit auf den Girovertrag als typengemischten Vertrag bei Überziehungen des Girokontos die Regelungen des Darlehnsrechts (§§ 488 ff. BGB) und bei auf dem Girokonto verbuchten Guthaben die Regelungen der unregelmäßigen Verwahrung (§ 700 Abs. 1 i.V.m. §§ 488 ff. BGB) anzuwenden 6

Nach dem Dafürhalten des Senats stellt die Verwahrung von Guthaben auf Girokonten neben der Erbringung von Zahlungsdiensten eine den Girovertrag prägende Leistung und damit eine Hauptleistung aus dem Girovertrag dar. Das Guthaben auf Girokonten dient seiner Ansicht nach gerade nicht ausschließlich der Teilnahme am Zahlungsverkehr. Der Senat begründet dies mit der in der Vergangenheit nicht unüblichen Vertragspraxis der Banken, auf Girokonten bestehende Guthaben geringfügig zu verzinsen, sowie damit, dass die Kreditwirtschaft kann mit dem sogenannten "Bodensatz" der Guthaben wirtschaften kann, die sie für die Kunden auf Girokonten verwahrt. 10% dieser Guthaben werden aufsichtsrechtlich anerkannt (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 Liquiditätsverordnung) und können von der Bankwirtschaft für

⁵ a.a.O. – juris, Rn. 25 mit Bezug u.a. auf vgl. BGH, Urteil vom 18. Juni 2019 – XI ZR 768/17 – juris, Rn. 25; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2019.

⁶ BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – XI ZR 65/23 – juris, Rn. 26.



Seite 6 von 75

die Unterlegung von Risiken im Aktivgeschäft verwendet werden. Die Kunden haben unabhängig von der Höhe der jeweils aktuellen Marktzinsen ein Interesse an der **Nutzung der Girokonten als "Verwahrstelle"** für ihr Geld. Sie können ihr Bargeld mithilfe des Girokontos nach vorheriger Umwandlung in Giralgeld sicher aufbewahren und Guthaben auf Girokonten belassen, ohne sich um dessen Weiterverwendung zu kümmern.⁷

Die angegriffene Entgeltklausel unterliegt nach Ansicht des Senats auch nicht etwa deswegen der AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle, weil sie die vorbezeichnete Hauptleistung abweichend vom Gesetz (§ 700 Abs. 1 BGB i.V.m. §§ 488 ff. BGB) oder von der nach Treu und Glauben geschuldeten Leistung ausgestaltet oder modifiziert, indem sie in Abhängigkeit von der Höhe des Kontoguthabens ein Entgelt für die Verwahrung bestimmt.⁸ Denn die unregelmäßige Verwahrung kann wie das Darlehen nach der gesetzlichen Regelung sowohl entgeltlich (§ 700 Abs. 1 Satz 1, § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB) als auch unentgeltlich (§ 700 Abs. 1 Satz 1, § 488 Abs. 3 BGB) ausgestaltet sein. Schon der historische Gesetzgeber ist davon ausgegangen, dass der Verwahrer ein Entgelt für seine Tätigkeit in Abzug bringt und die mit dem verwahrten Kapital gezogenen Nutzungen nur in einem um das Entgelt verringerten Umfang an den Hinterleger herausgibt Daraus ergibt sich für den Senat, dass ein Verwahrentgelt keine gesetzlich nicht vorgesehene Gegenleistung des Kunden darstellt.⁹

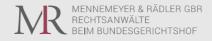
Auch die Aufspaltung des Entgelts für den Girovertrag in eine Kontoführungsgebühr in Höhe von monatlich 10,90 € und in das streitgegenständliche Verwahrentgelt steht der Kontrollfreiheit der angegriffenen Entgeltklausel nach Ansicht des Senats nicht entgegen. ¹⁰ Denn der Klauselverwender ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in der konkreten Ausgestaltung seines Preisgefüges grundsätzlich frei und kann seine Leistung entweder zu einem Pauschalpreis anbieten oder den

⁷ a.a.O. – juris, Rn. 27.

⁸ a.a.O. – juris, Rn. 30.

⁹ a.a.O. – juris, Rn. 31.

¹⁰ a.a.O. – juris, Rn. 33.



Seite 7 von 75

Preis in mehrere Preisbestandteile oder Teilentgelte aufteilen. Danach unterliegt die Preisvereinbarung auch dann, wenn das für die verschiedenen Hauptleistungen des Girovertrags erhobene Entgelt, wie hier, in zwei Preisbestandteile aufgeteilt ist, weder der Inhaltskontrolle, soweit sie Art und Umfang der Vergütung unmittelbar regelt, noch einer gerichtlichen Angemessenheitsprüfung.¹¹

Nach Auffassung des Senats verstößt die beanstandete Klausel indessen gegen das sich gemäß § 307 Abs. 3 Satz 2 BGB auch auf das Hauptleistungsversprechen erstreckende Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB, welches den Verwender Allgemeiner Geschäftsbedingungen nach Treu und Glauben verpflichtet, den Regelungsgehalt einer Klausel möglichst klar und überschaubar darzustellen.¹²

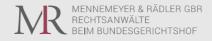
Auf dieser Grundlage rügt der Senat die in der Klausel enthaltene Formulierung "Vom Kunden zu zahlendes Verwahrentgelt bei Neuanlage/Neuvereinbarung" als intransparent, weil sie keine Klarstellung dahin enthält, dass für "Neuanlagen", mithin für Guthaben oberhalb von 10.000 € auf bereits bestehenden Girokonten ein Verwahrentgelt nur nach Abschluss einer ausdrücklichen beiderseitigen Vereinbarung erhoben werden darf.¹³

In der Auslegung des Senats bestimmt die Klausel ein Verwahrentgelt nicht ausschließlich bei neuen Vertragsabschlüssen. Aus dem Nebeneinanderstellen der Begriffe "Neuanlage" und "Neuvereinbarung" ergibt sich aus der Sicht eines durchschnittlichen, rechtlich nicht gebildeten, verständigen Kunden, dass einer "Neuanlage" ein anderes Verständnis als einer "Neuvereinbarung" beizumessen ist. Da Neu- und Änderungsverträge als Neuvereinbarungen im Sinne der Klausel anzusehen sind, ist der Begriff "Neuanlage" im vorliegenden Kontext nach Auffassung des Senats objektiv

a.a.O. – juris, Rn. 34 mit Bezug u.a. auf BGH, Urteil vom 13. Mai 2014 – XI ZR 405/12 – juris, Rn. 42; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2014.

¹² a.a.O. – juris, Rn. 35 ff.

¹³ a.a.O. – juris, Rn. 37, 40.



Seite 8 von 75

dahin zu verstehen, dass mit ihm die **Einzahlung eines Geldbetrags auf ein bereits bestehendes Girokonto** gemeint ist, wodurch der in der Klausel genannte Freibetrag von 10.000 € erstmals überschritten wird. Damit fällt das Verwahrentgelt nach der Klausel auch in diesem Fall an.¹⁴

Weitreichende, die **Grundlagen der rechtlichen Beziehungen** der Parteien betreffende Änderungen erfordern nach der Rechtsprechung des Senats einen den Erfordernissen der § 305 Abs. 2, § 311 Abs. 1, §§ 145 ff. BGB genügenden **Änderungsvertrag**. Nach dem Dafürhalten des Senats liegt eine solche weitreichende Änderung mit der Einführung eines Verwahrentgelts für Guthaben auf Girokonten vor, die im Rahmen bestehender Giroverträge geführt werden. Denn soweit bei Abschluss des Girovertrags ein Verwahrentgelt nicht vereinbart und ein solches von der Bank auch nicht ausdrücklich vorbehalten worden ist, würde die Bank zu Lasten des Bankkunden **nachträglich eine Vergütung für eine Hauptleistung** einführen, was über den Parteiwillen hinausginge, der bei Vertragsschluss vorlag.¹⁵

Danach wird dem Kunden durch die in der Klausel enthaltene Formulierung "Neuanlage/Neuvereinbarung" vorgespiegelt, dass die Bank auch im Rahmen bestehender Giroverträge ohne ausdrückliche beiderseitige Vereinbarung berechtigt sei, bei Überschreiten des Freibetrags von 10.000 € das in der Klausel genannte Verwahrentgelt zu erheben. Ob die Beklagte mit einzelnen Bestandskunden tatsächlich eine entsprechende Individualvereinbarung getroffen hat, ist im Verfahren nach dem Unterlassungsklagengesetz, über das der Senat zu befinden hatte, unerheblich.¹6

Darüber hinaus ist die Entgeltklausel nach der Beurteilung des Senats auch deswegen intransparent, weil sie **nicht hinreichend genau** darüber informiert, auf welches Guthaben sich das Verwahrentgelt von 0,5% p.a. **der**

¹⁴ a.a.O. – juris, Rn. 39.

¹⁵ a.a.O. – juris, Rn. 41 mit Bezug auf BGH, Urteil vom 27. April 2021 – XI ZR 26/20 – juris, Rn. 38; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2021.

¹⁶ a.a.O. – juris, Rn. 42.



Seite 9 von 75

Höhe nach bezieht. Damit verstößt sie gegen den aus dem Transparenzgebot abgeleiteten Bestimmtheitsgebot, wonach der Verwender die tatbestandlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen so genau beschreiben muss, dass für ihn kein ungerechtfertigter Beurteilungsspielraum entsteht. Die auf Girokonten bestehenden Guthaben können sich infolge der Verbuchung von Gutschriften und Belastungen innerhalb eines Tages ändern. Die in der Klausel verwendete Formulierung lässt nach Ansicht des Senats offen, welcher konkrete Guthabenstand auf den Girokonten für die Berechnung des Verwahrentgelts von 0,5% p.a. maßgebend sein soll. Unklar ist insbesondere, ob die Berechnung des Verwahrentgelts taggenau erfolgen soll und bis zu welchem Zeitpunkt Tagesumsätze auf den Girokonten bei der Berechnung des maßgebenden Guthabensaldos berücksichtigt werden sollen. Ohne eine entsprechende Klarstellung in der Klausel sind für Kunden die mit dem Verwahrentgelt verbundenen finanziellen Belastungen der Höhe nach weder vorhersehbar noch überprüfbar.

bb)

Mit dem gleichen Ergebnis hat der XI. Zivilsenat im Verfahren XI ZR 61/23¹⁹ die von einer Bank für eine Vielzahl von **Giroverträgen** verwendete Klausel zu einem "Verwahrentgelt"

"Verwahrentgelt für Guthaben ab 5.000,01 € (Freibetrag 5.000 €)* - 0,70 % p.a.

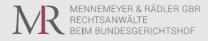
*Das Verwahrentgelt auf allen Privatgirokonten, die ab dem 01.02.2020 neu eröffnet werden, beträgt ab einer Einlagenhöhe von 5.000,01 € 0,70 % p.a. (Freibetrag 5.000,00 €). Die gleiche Regelung gilt für Kontomodellwechsel ab 01.02.2020."

beurteilt. Auch diese Klausel unterliegt **keiner richterlichen Inhaltskontrolle** nach § 307 Abs. 3 Satz 1 BGB. Sie verstößt aber gegen das **Transparenzgebot** und ist im Verkehr mit Verbrauchern gemäß § 307 Abs. 3 Satz 2, Abs. 1 Satz 1 und 2 BGB unwirksam.

¹⁷ a.a.O. – juris, Rn. 43 ff.

¹⁸ a.a.O. – juris, Rn. 45.

¹⁹ BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – <u>XI ZR 61/23</u> – juris.



Seite 10 von 75

Der Senat legt die Klausel dahin aus, dass mit ihr Einlagen auf von Verbrauchern neu eröffneten Girokonten ab einem Guthaben von 5.000,01 € mit 0,7% p.a. bepreist werden sollen. Es handelt sich damit um eine kontrollfreie Preisabrede. Sie bepreist die Verwahrung von Guthaben auf Girokonten und damit eine Hauptleistung der Beklagten aus dem Girovertrag.²⁰

Die beanstandete Klausel verstößt jedoch nach Auffassung des Senats gegen das **Transparenzgebot** des § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB, weil sie hinsichtlich der **Höhe des Verwahrentgelts**, das von Verbrauchern gezahlt werden soll, nicht bestimmt genug ist.²¹ Nach der Beurteilung des Senats lässt weder die in der Klausel enthaltene Formulierung "Verwahrentgelt für Guthaben ab 5.000,01 € (Freibetrag 5.000 €)" noch die in der durch "*" gekennzeichneten Anmerkung enthaltene Formulierung "Das Verwahrentgelt […] beträgt ab einer Einlagenhöhe von 5.000,01 € 0,7 % p.a. (Freibetrag 5.000,00 €)" hinreichend erkennen, auf **welches Guthaben** das Verwahrentgelt von 0,7% p.a. berechnet werden soll. Unklar ist in den Augen des Senats insbesondere, ob die Berechnung des Verwahrentgelts **taggenau** erfolgen soll und bis zu welchem Zeitpunkt **Tagesumsätze** auf den Girokonten bei der Berechnung des maßgebenden Guthabensaldos berücksichtigt werden sollen.²²

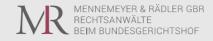
Die beanstandete Klausel ist nach der Beurteilung des Senats weiter deswegen intransparent, weil sie im Preisverzeichnis **unter der Rubrik "Verzinsung" positioniert** war. Dadurch verschleiert sie nach Ansicht des Senats die mit ihr für Verbraucher verbundenen finanziellen Belastungen.²³

BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – XI ZR 61/23 – juris, Rn. 20 mit Bezug auf das Senatsurteil vom gleichen Tag im Verfahren XI ZR 65/23 – juris, Rn. 22 ff.

²¹ a.a.O. – XI ZR 61/23 – juris, Rn. 21, 25.

²² a.a.O. – juris, Rn. 26.

²³ a.a.O. – juris, Rn. 28.



Seite 11 von 75

Mit dem Begriff "Verzinsung" ist die Gegenleistung für die Zurverfügungstellung eines Geldbetrages gemeint.²⁴ Ein durchschnittlicher Verbraucher erwartet danach, wenn er sich über die Konditionen eines Girovertrags im Preisverzeichnis unter der Rubrik "Verzinsung" informiert, dass ihm an dieser Stelle mitgeteilt wird, ob und in welcher Höhe der Zahlungsdienstleister für sein Guthaben auf dem Girokonto Zinsen an ihn zahlt. Mit einer Regelung über ein Verwahrentgelt, das eine Zahlungspflicht gegenüber dem Zahlungsdienstleister begründet, muss ein durchschnittlicher Verbraucher dort nach Auffassung des Senats nicht rechnen. Die Positionierung der Entgeltklausel unter der mit "Verzinsung" bezeichneten Rubrik im Preisverzeichnis ist daher in den Augen des Senats irreführend und unangemessen, weil sie den Verbraucher über die wirkliche Rechtslage, nämlich über die vom Verwender tatsächlich beabsichtigte Zahlungspflicht des Verbrauchers täuscht.²⁵

Die angegriffene Klausel ist nach dem Dafürhalten des Senats schließlich insoweit intransparent, als sie das laufzeitabhängige Verwahrentgelt in der Klausel zunächst mit "- 0,70 % p.a." und im Widerspruch hierzu in der mit der durch "*" gekennzeichneten Anmerkung ohne Minus-Zeichen mit "0,70 % p.a." angibt. Damit enthält die Klausel in den Augen des Senats sich widersprechende Angaben zur Höhe des Verwahrentgelts. Die Bedeutung eines Verwahrentgelts in Höhe von "- 0,70 % p.a." ist für den Senat unklar. Denn ein Entgelt ist immer ein positiver Betrag. Angesichts dieses in der Klausel enthaltenen Widerspruchs genügt die Beklagte nicht dem Gebot, die Entgeltabrede so zu gestalten, dass der Verbraucher sie möglichst mühelos und ohne weitere Erläuterungen versteht.²⁶

²⁴ a.a.O. – juris, Rn. 30 mit Bezug auf Senatsurteil vom 09. Mai 2023 – XI ZR 544/21 – juris, Rn. 56; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2023.

²⁵ a.a.O. – juris, Rn. 30.

²⁶ a.a.O.– juris, Rn. 31.



Seite 12 von 75

Die in dem von einer Bank für eine Vielzahl von Vertragsverhältnissen vorformulierten Preis- und Leistungsverzeichnis enthaltenen Klauseln über **Tagesgeldkonten**

"3.2 Entgelt für die Verwahrung von Einlagen

[...]

S. - Verträge ab 01.08.202016

Ein S. 18

Einlagen bis 50.000,00 EUR 0,00 % p.a. Einlagen über¹⁷ 50.000,00 EUR 0,50 % p.a.

Jedes weitere S. 18

Einlagen über¹⁷ 0,00 EUR 0,50 % p.a.

S. Online - Verträge ab 01.08.202016

Ein S. Online¹⁸

Einlagen bis 50.000,00 EUR 0,00 % p.a.

Einlagen über¹⁷ 50.000,00 EUR 0,50 % p.a.

Jedes weitere S. Online¹⁸

Einlagen über¹⁷ 0,00 EUR 0,50 % p.a.

Die Berechnung erfolgt taggenau. Die Belastung der Gebühr erfolgt monatlich nachträglich zulasten des jeweiligen Kontos.

[...]

sind im Verkehr mit Verbrauchern gemäß § 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB unwirksam.

Die in dem von einer Bank für eine Vielzahl von Vertragsverhältnissen vorformulierten **Preis- und Leistungsverzeichnis** enthaltenen Klauseln

"4.4 Kartengestützter Zahlungsverkehr

4.4.1 Debitkarten

4.4.1.1 BankCard

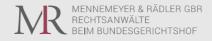
[...]

- Ersatzkarte²⁸ 12,00 EUR

¹⁶ Für Verträge mit Abschlussdatum vor dem 01.08.2020 erfolgt die Bepreisung ab Unterzeichnung der individuellen Zusatzvereinbarung.

¹⁷ Bepreisung erfolgt auf den übersteigenden Betrag.

¹⁸ Erstes bestehendes Konto gemäß Eröffnungsdatum je Kundenstamm; bei gleichem Eröffnungsdatum ist die niedrigere Kontonummer entscheidend."



- Ersatz-PIN²⁸ auf Wunsch des Kunden

5,00 EUR

Seite 13 von 75

[...]

²⁸ Wird nur berechnet, wenn der Kunde die Umstände, die zum Ersatz der Karte/PIN geführt haben, zu vertreten hat und die Bank nicht zur Ausstellung einer Ersatzkarte/Ersatz-PIN verpflichtet ist."

verstoßen gegen das **Transparenzgebot** und sind im Verkehr mit Verbrauchern gemäß § 307 Abs. 3 Satz 2, Abs. 1 Satz 1 und 2 BGB unwirksam.

Das hat der XI. Zivilsenat in einem weiteren Urteil vom 04. Februar 2025²⁷ ausgesprochen.

Bei der Verwendung für Tagesgeldkonten unterliegen die Klauseln zum Verwahrentgelt der AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle. ²⁸ Zwar bepreisen sie dann eine Hauptleistung aus dem Vertrag. ²⁹ Verträge über Tagesgeldkonten sind in Ermangelung einer vereinbarten Kündigungsfrist dadurch gekennzeichnet, dass der Kunde jederzeit Auszahlung seines Guthabens verlangen kann. Es handelt sich damit um Verträge über Sichteinlagen. Wenn die Tagesgeldkonten, wie hier, nicht mit einer girovertraglichen Abrede verknüpft sind, dienen sie nicht der Teilnahme am Zahlungsverkehr, sondern Anlagezwecken und unterliegen damit dem Recht der unregelmäßigen Verwahrung nach § 700 i.V.m. §§ 488 ff. BGB. ³⁰ Da die Verwahrung grundsätzlich entgeltlich ausgestaltet werden darf, unterliegen die Klauseln nicht deswegen der AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle, weil sie die vorbezeichnete Hauptleistung abweichend vom Gesetz bepreisen würden. ³¹

Nach dem Dafürhalten des Senats unterliegen die Klauseln vielmehr deswegen der AGB-rechtlichen Inhaltskontrolle, weil sie die vorbezeichnete

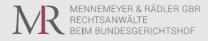
²⁷ BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – XI ZR 161/23 – juris.

²⁸ a.a.O. – juris, Rn. 28 ff.

²⁹ a.a.O. – juris, Rn. 33 ff.

³⁰ a.a.O. – juris, Rn. 36.

³¹ a.a.O. – juris, Rn. 37.



Seite 14 von 75

Hauptleistung abweichend von der nach Treu und Glauben geschuldeten Leistung verändern.³² In den Augen des Senats steht zwar für die Kunden, die ihre Gelder auf Tagesgeldkonten übertragen, die sichere Verwahrung der Gelder und die Möglichkeit, über die Gelder jederzeit zu verfügen, im Vordergrund. Tagesgeldkonten dienen darüber hinaus aber, wenn sie, wie hier, keine Zahlungsverkehrsfunktion haben, auch Anlagezwecken und Sparzwecken. Für den Senat folgt das daraus, dass Gelder auf Tagesgeldkonten in der Regel in Höhe der Marktzinsen am Geldmarkt variabel verzinst werden.³³

Mit der Erhebung eines laufzeitabhängigen Verwahrentgelts in Höhe von 0,5% p.a. verlieren die Tagesgeldkonten nach Auffassung des Senats allerdings gänzlich ihren Spar- und Anlagezweck. Denn bei einer gleichzeitigen Verzinsung der Einlage mit 0,001% p.a. reduziert sich das auf den Tagesgeldkonten eingelegte Kapital täglich, bis die Einlage den in den Klauseln genannten Freibetrag von 50.000 € erreicht. Hierdurch wird nach Ansicht des Senats der Charakter des Vertrags über die Sichteinlagen auf den Tagesgeldkonten verändert. Denn Kunden, die Gelder auf Tagesgeldkonten einzahlen, haben die berechtigte Erwartung, dass ihr Kapital jedenfalls nominal erhalten bleibt und sich nicht fortlaufend bis zu einem in der Klausel genannten Freibetrag reduziert.³4

Der danach eröffneten Inhaltskontrolle halten die Klauseln nach der Beurteilung des Senats nicht stand, weil sie von wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung abweichen und die Verbraucher entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen (§ 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB).³⁵ Dies folgt für den Senat daraus, dass die Erhebung des Verwahrentgelts die auf die Tagesgeldkonten ein-

³² a.a.O. – juris, Rn. 38 ff.

³³ a.a.O. – juris, Rn. 39.

³⁴ a.a.O. – juris, Rn. 40.

³⁵ a.a.O. – juris, Rn. 41.



gezahlten Sichteinlagen bis zur Höhe des in den Klauseln genannten Freibetrags reduziert, was von dem **Vertragszweck "Anlegen und Sparen"** abweicht, nach dem das eingezahlte Kapital mindestens zu erhalten ist.³⁶

Seite 15 von 75

Das seinerzeit **niedrige Marktzinsniveau** rechtfertigt es nach dem Dafürhalten des Senats nicht, **vertraglich berechtigte Erwartungen** von Verbrauchern, ihr in Sichteinlagen auf Tagesgeldkonten gehaltenes Kapital mindestens zu erhalten, durch die Einführung eines Verwahrentgelts, das bis zu einem Freibetrag fortlaufend zu einer Reduktion der Einlage führt, zu enttäuschen.³⁷ Auch durch den eingeräumten **Freibetrag von 50.000 €** kann eine unangemessene Benachteiligung der Verbraucher nach Auffassung des Senats nicht verneint werden. Die **vergleichsweise geringe Höhe** eines Entgelts ist **kein geeignetes Kriterium**, um eine unangemessene Benachteiligung der Verbraucher zu rechtfertigen.³⁸

Die Entgeltklauseln über die Ausstellung einer Ersatz-BankCard und einer Ersatz-PIN bepreisen jeweils eine nicht kontrollfähige, rechtlich nicht geregelte zusätzlich von der Beklagten angebotene Sonderleistung.³⁹

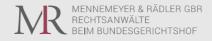
Die als BankCard bezeichnete Zahlungsverkehrskarte (Debitkarte) und die persönliche Identifikationsnummer (PIN) sind jedenfalls bei verkehrsüblicher Nutzung **Zahlungsinstrumente** im Sinne des § 675j Abs. 1 Satz 4, § 675k Abs. 2 BGB. Mit der Überlassung einer funktionsfähigen BankCard mit zugehöriger PIN an den Kunden hat die Beklagte ihre aus dem selbständig neben den Girovertrag tretenden Bankkartenvertrag folgende Verpflichtung erfüllt, den Kunden zu verschiedenen Bankkartensystemen zuzulassen und ihm mit der Karte Verfügungen zu Lasten seines von der Beklagten geführten Kontos zu ermöglichen. Soweit **vertragliche oder ge-**

³⁶ a.a.O. – juris, Rn. 42.

³⁷ a.a.O. – juris, Rn. 44.

³⁸ a.a.O. – juris, Rn. 45.

³⁹ a.a.O. – juris, Rn. 63.



Seite 16 von 75

setzliche Nebenpflichten der Beklagten zur **Ausstellung einer Ersatz-karte bzw. einer Ersatz-PIN** wie etwa nach § 675k Abs. 2 Satz 5 BGB bestehen, sind diese Fälle von den Entgeltklauseln mit der Formulierung "[…] und die Bank nicht zur Ausstellung einer Ersatzkarte/Ersatz-PIN verpflichtet ist" **ausdrücklich ausgenommen**. Danach stellt die in den beiden Entgeltklauseln geregelte entgeltpflichtige Ausstellung einer Ersatzkarte bzw. einer Ersatz-PIN nach der Beurteilung des Senats eine rechtlich nicht geregelte zusätzlich angebotene Sonderleistung dar.⁴⁰

Jedoch nimmt der Senat einen Verstoß gegen das **Transparenzgebot** des § 307 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 Satz 2 BGB an, weil der Kunde anhand der Klauseln nicht erkennen kann, **in welchen Fällen** der Verwender zur Ausstellung einer Ersatzkarte bzw. einer Ersatz-PIN verpflichtet ist und er damit das in den Klauseln genannte Entgelt von 12 € bzw. 5 € nicht zahlen muss.⁴¹

Der Senat vermisst jegliche Konkretisierung, wann eine solche Verpflichtung der Bank besteht. Die Klausel erläutert nicht einmal den Kern der in dem Zusammenhang maßgebenden Vorschriften aus dem Recht der Zahlungsdienste (§ 675k Abs. 2 Satz 5 i.V.m. Satz 1 BGB und § 675l Abs. 1 Satz 3 BGB), so dass der Kunde sich überhaupt kein Bild davon verschaffen kann, in welchen Fällen die Beklagte von Gesetzes wegen verpflichtet ist, eine Ersatzkarte bzw. eine Ersatz-PIN auszustellen. Die Klausel enthält insbesondere keine Ausführungen über die typischen Fälle, in denen ein Ersatz der bepreisten Zahlungsinstrumente erforderlich wird (Verlust, Diebstahl und Missbrauch). Nach der Rechtsprechung des Senats ist der Klauselverwender zwar weder verpflichtet, einschlägige Vorschriften eines Gesetzes in der Klausel abzudrucken noch jede Regelung einer Allgemeinen Geschäftsbedingung mit einem umfassenden Kommentar zu versehen. Die vorliegenden Entgeltklauseln versetzen den Kunden nach der Beurteilung des Senats aber nicht annähernd in die Lage, die Reichweite der Klauseln

⁴⁰ a.a.O. – juris, Rn. 64.

⁴¹ a.a.O. – juris, Rn. 65.



in ihrem praktischen Geltungsbereich zu bestimmen. Der Abstraktionsgrad der Klauseln ist für den Senat so hoch, dass er mit dem Verständlichkeitsgebot nicht zu vereinbaren ist.⁴²

Seite 17 von 75

dd)

Weiter hat der XI. Zivilsenat am 04. Februar 2025⁴³ entschieden, dass die von einer Bank für eine Vielzahl von Vertragsverhältnissen über **Spareinlagen** vorformulierten Klauseln

"Verwahrung von Einlagen oberhalb des Freibetrags für alle Einlagen- & Girokonten Verwahrentgelt 0,5 % p.a.",

"Verwahrentgelt für die Verwahrung von Einlagen auf allen Einlagen- & Girokonten

- für ab dem 01.07.2020 bis einschließlich 30.09.2020 neu eingerichtete Kundennummern oberhalb Freibetrag von 250.000,00 €

0,5 % p.a.

- für ab dem 01.10.2020 bis einschließlich 09.05.2021 neu eingerichtete Kundennummern oberhalb Freibetrag von 100.000,00 €

0,5 % p.a.

- für ab dem 10.05.2021 neu eingerichtete Kundennummern oberhalb Freibetrag von 50.000,00 €

0,5 % p.a."

und

"1. Die [C-Bank] erhebt ab dem […] für die auf Euro lautenden Einlagen (inklusive Spareinlagen) auf den Konten des Kunden, die unter seiner Kundennummer […] gegenwärtig und zukünftig geführt werden (im folgenden "Kundenkonten") ein monatliches Guthabenentgelt.

[...]

⁴² a.a.O. – juris, Rn. 68.

⁴³ BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 - XI ZR 183/23 – juris.



3. [...] Dieser Kostensatz entspricht dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Einlagenfazilität im jeweiligen Berechnungsmonat festgelegten Zinssatz (aktuell 0,50 % p.a.)."

Seite 18 von 75

sind im Verkehr mit Verbrauchern gemäß § 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB unwirksam.

Nach Auffassung des Senats handelt es sich um vorformulierte Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von § 305 Abs. 1 Satz 1 BGB, ungeachtet des Umstands, dass die Bank im Einzelfall die Höhe des Freibetrags, den Entgeltsatz und den Zeitraum des Beginns der Erhebung des Guthabenentgelts gegenüber ihren Bestandskunden zur Verhandlung stellte. Darin liegt für den Senat kein Aushandeln der Bestimmungen zur Erhebung des Guthabenentgelts als solches.⁴⁴

Alle angegriffenen Klauseln bepreisen eine **Hauptleistung** aus dem Sparvertag, nämlich die **Verwahrung der Spareinlagen**⁴⁵, unterliegen aber der **Inhaltskontrolle**, weil sie die vorbezeichnete Hauptleistung **abweichend** von der nach Treu und Glauben geschuldeten Leistung verändern.⁴⁶

Bei Spareinlagen steht aus Sicht der Kunden zwar die sichere Verwahrung der Gelder im Vordergrund. Sie dienen darüber hinaus aber auch **Sparzwecken**. Dieser Zweck ergibt sich für den Senat nicht nur aus der Bezeichnung der Einlagen als "Spareinlagen", sondern auch aus der kreditwesenrechtlichen Historie des Begriffs. Bis 1993 durften als Spareinlagen nur Geldbeträge angenommen werden, die der **Ansammlung oder Anlage von Vermögen** dienten und nicht für die Verwendung im Geschäftsbetrieb und den Zahlungsverkehr bestimmt waren. Auch heute sind Spareinlagen dazu bestimmt, eine sichere Möglichkeit zu bieten, **Gelder bei kurzfristiger Verfügbarkeit anzusparen und durch Zinsen vor Inflation zu schützen.**⁴⁷

⁴⁴ a.a.O. – juris, Rn. 26 ff., Rn. 32.

⁴⁵ a.a.O. – juris, Rn. 26 ff., Rn. 39.

⁴⁶ a.a.O. – juris, Rn. 26 ff., Rn. 45.

⁴⁷ a.a.O. – juris, Rn. 26 ff., Rn. 46 ff.



Seite 19 von 75

Nach dem Dafürhalten des Senats wird dieser Charakter des Sparvertrags durch die Erhebung eines Verwahr- oder eines Guthabenentgelts entgegen den Geboten von Treu und Glauben verändert, da das laufzeitabhängige Verwahr- oder Guthabenentgelt mit dem den Sparvertrag kennzeichnenden Kapitalerhalt nicht zu vereinbaren ist.⁴⁸ Zur Begründung verweist der Senat auf seine Rechtsprechung, wonach Sparverträgen eine Zinsuntergrenze von 0% immanent ist.⁴⁹

Aus den bereits im Verfahren XI ZR 161/23⁵⁰ dargelegten Gründen halten die streitgegenständlichen Entgeltklauseln der Inhaltskontrolle nicht stand, weil sie von wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung abweichen und die Verbraucher entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen (§ 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB).⁵¹

Im Ergebnis hatten damit in allen Verfahren XI ZR 65/23, 61/23, 161/23 und 183/23 die **Unterlassungsansprüche** des klagenden Verbraucherverbands gegen die angegriffenen Klauseln Erfolg.

Den Antrag auf Rückzahlung geleisteter Verwahrentgelte an "alle Kunden, die Verbraucher sind", hat der Senat zurückgewiesen. Die Klage ist seiner Ansicht nach insoweit unzulässig, weil die Kunden, an die die Rückzahlung erfolgen soll, nicht individualisiert sind. Außerdem wird in dem Antrag nicht der Betrag beziffert, der von der Beklagten an die Kunden jeweils zurückgezahlt werden soll. Ein solcher Klageantrag ist nach Auffassung des Senats nicht hinreichend bestimmt.⁵²

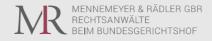
⁴⁸ a.a.O. – juris, Rn. 26 ff., Rn. 48.

⁴⁹ a.a.O. – juris, Rn. 26 ff., Rn. 49 mit Bezug u.a. auf BGH, Urteile vom 24. Januar 2023 – XI ZR 257/21 – juris, Rn. 27 und vom 25. Juli 2023 – XI ZR 221/22 – juris, Rn. 33; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2023 und II/2023.

⁵⁰ BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – <u>XI ZR 161/23</u> – juris, Rn. 42 ff., s.o.

⁵¹ BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – XI ZR 183/23 – juris, Rn. 26 ff., Rn. 50.

⁵² BGH, Urteile vom 04. Februar 2025 – <u>XI ZR 65/23</u> – juris, Rn. 49; – <u>XI ZR 161/23</u> – juris, Rn. 49.



Seite 20 von 75

Keinen Erfolg hatten die Klagen auch insoweit, als sie Auskunft über die Kunden der Beklagten begehrt haben, die Verbraucher sind und denen gegenüber die Beklagte ein Verwahrentgelt aufgrund der unwirksamen Entgeltklausel erhoben hat. Denn dem klagenden qualifizierten Verbraucherverband steht kein Beseitigungsanspruch auf Rückzahlung rechtsgrundlos vereinnahmter Entgelte an die betroffenen Verbraucher gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 UWG unter dem Gesichtspunkt des Rechtsbruchs gemäß §§ 3, 3a UWG i.V.m. § 307 Abs. 1 Satz 1 und 2 BGB zu. Ein solcher Anspruch steht für den Senat mit der Systematik des kollektiven Rechtsschutzes nach dem geltenden Recht nicht im Einklang. Da somit der Hauptanspruch, der mit der Auskunftserteilung vorbereitet und durchgesetzt werden soll, nicht besteht, entfällt auch der Auskunftsanspruch. 53

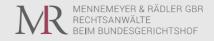
Nicht ausgeschlossen ist jedoch ein Anspruch auf Auskunft und **Versendung von vorformulierten Berichtigungsschreiben** an die von den beanstandeten Klauseln betroffenen Verbraucher. Insoweit hat der Senat die Sache im Verfahren XI ZR 183/23 zur weiteren Sachaufklärung an das Berufungsgericht zurückverwiesen.⁵⁴

b)

Der Bereicherungsanspruch des Kunden gegen die Sparkasse wegen eines ohne Rechtsgrund vom Girokonto des Kunden abgebuchten Entgelts entsteht erst mit dem Anerkenntnis des Saldoabschlusses durch den Kunden, in den der vermeintliche Entgeltanspruch der Sparkasse eingestellt worden ist. Sofern der Kunde den Saldoabschluss nicht ausdrücklich anerkennt und innerhalb von sechs Wochen keine Einwendungen gegen den Abschluss vorbringt, gilt dieser gemäß Nr. 7 Abs. 3 Satz 2 AGB-Sparkassen nach Ablauf der sechswöchigen Frist als anerkannt.

⁵³ BGH, Urteile vom 04. Februar 2025 – XI ZR 65/23 – juris, Rn. 50 f; – XI ZR 161/23 – juris, Rn. 50 f.

⁵⁴ BGH, Urteil vom 04. Februar 2025 – XI ZR 183/23 – juris, Rn. 60 f.



Seite 21 von 75

Der Kunde erhält durch die **Mitteilung der Sparkasse**, die ihn gemäß § 675g Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 §§ 2, 3 EGBGB über eine beabsichtigte Änderung eines Entgelts informiert, die auf einer **unwirksam formularmäßig vereinbarten Zustimmungsfiktion** des Kunden beruht, und durch den anschließenden Ausweis des Entgelts in dem von der Sparkasse erstellten Saldoabschluss Kenntnis im Sinne des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB von den seinen **Rückforderungsanspruch begründenden Umständen**.

Die Rechtslage hinsichtlich der AGB-rechtlichen Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionsklauseln im Rechtsverkehr der Banken und Sparkassen war vor Verkündung des Senatsurteils vom 27. April 2021 (XI ZR 26/20, BGHZ 229, 344) nicht unsicher und zweifelhaft. Dem Kunden war die Erhebung einer Rückforderungsklage bereits vor Verkündung dieses Urteils zumutbar. Einer langjährigen und verbreiteten Verwendung von unwirksamen Zustimmungsfiktionsklauseln im Bankgeschäft kommt kein für die Unzumutbarkeit einer Klageerhebung maßgebendes Gewicht zu.

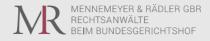
Das hat der XI. Zivilsenat am 03. Juni 2025⁵⁵ im Rahmen einer Musterfeststellungsklage entschieden.

Ansprüche der Verbraucher auf Erstattung von rechtsgrundlos vereinnahmten Entgelten unterliegen der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren (§ 195 BGB). Diese beginnt gemäß § 199 Abs. 1 BGB mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste. ⁵⁶

Werden Girokonten als **Kontokorrentkonten im Sinne des § 355 HGB** geführt, werden die Entgelte nach Auffassung des Senats nicht schon zum Zeitpunkt der **Abbuchung** von den Girokonten der Verbraucher durch die

⁵⁵ BGH, Urteil vom 03. Juni 2025 – <u>XI ZR 45/24</u> – juris.

⁵⁶ a.a.O. – juris, Rn. 30.



Seite 22 von 75

Sparkasse, sondern erst mit der Genehmigung der Saldoabschlüsse geleistet, in denen die Entgelte jeweils verrechnet worden sind. Die Belastungsbuchung selbst stellt keine Leistung, sondern einen Realakt mit rein deklaratorischer Wirkung dar. ⁵⁷ Als Leistungszeitpunkt kommt für den Senat auch nicht der Zeitpunkt der Verrechnung der wechselseitigen Forderungen im Rahmen der Kontokorrentabrede im Rahmen der Saldoabschlüsse in Betracht. Mit der Verrechnung von verrechnungsfähigen Forderungen werden diese zwar grundsätzlich entsprechend der antizipierten Verrechnungsabrede automatisch getilgt, ohne dass es hierzu eines Saldoanerkenntnisses bedarf. Soweit die Sparkasse aber tatsächlich nicht bestehende, auf unwirksame Entgeltabreden gestützte Entgeltforderungen in die Verrechnung eingestellt hat, geht die Verrechnung in Ermangelung bestehender Entgeltforderungen ins Leere und bleibt damit ohne Wirkung. ⁵⁸

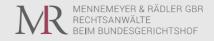
Die Bereicherungsansprüche der Verbraucher entstehen somit nach der Beurteilung des Senats jeweils erst mit dem Anerkenntnis der Saldoabschlüsse schlüsse durch die Verbraucher. Sofern Verbraucher die Saldoabschlüsse nicht ausdrücklich anerkennen und innerhalb von sechs Wochen keine Einwendungen gegen die Abschlüsse vorbringen, gelten die Saldoabschlüsse gemäß Nr. 7 Abs. 3 Satz 2 AGB-Sparkassen nach Ablauf der sechswöchigen Frist als genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt gelten damit die Saldoabschlüsse durch die Verbraucher als anerkannt.⁵⁹

Wie der Senat weiter ausführt, haben die Verbraucher schon durch den Erhalt der Mitteilungen der Sparkasse, mit denen diese die Verbraucher gemäß § 675g Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 §§ 2, 3 EGBGB über die beabsichtigten Änderungen der Entgelte informierte, und durch den anschließenden Ausweis der Entgelte in den Saldoabschlüssen Kenntnis i.S.d. § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB von ihren Rückzahlungsansprüchen erlangt. Für die

⁵⁷ a.a.O. – juris, Rn. 31 f.

⁵⁸ a.a.O. – juris, Rn. 33.

⁵⁹ a.a.O. – juris, Rn. 34.



Ingangsetzung des Verjährungslaufs mussten die Verbraucher nicht um die Unwirksamkeit der Zustimmungsfiktionsklausel wissen.⁶⁰

Seite 23 von 75

Der Senat knüpft an seine gefestigte Rechtsprechung an, wonach des für den Verjährungsbeginn grundsätzlich nicht erforderlich ist, dass der Gläubiger aus den ihm bekannten Tatsachen zutreffende rechtliche Schlüsse zieht.⁶¹ Nur ausnahmsweise kann die Rechtsunkenntnis des Gläubigers den Verjährungsbeginn hinausschieben, wenn eine unsichere und zweifelhafte Rechtslage vorliegt, die selbst ein rechtskundiger Dritter nicht zuverlässig einzuschätzen vermag. In diesen Fällen fehlt es an der Zumutbarkeit der Klageerhebung als übergreifender Voraussetzung für den Verjährungsbeginn.⁶²

Einen solchen Ausnahmefall verneint der Senat vor Verkündung des Senatsurteils vom 27. April 2021 – XI ZR 26/20 – hinsichtlich der AGB-rechtlichen Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionsklauseln im Rechtsverkehr der Banken und Sparkassen. Seiner Ansicht nach lässt sich der zuvor ergangenen Senatsrechtsprechung **keine Billigung von Zustimmungsfiktionsklauseln** entnehmen. Die Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionsklauseln beruht auf deren Abweichung von dem allgemeinen vertragsrechtlichen Grundsatz, wonach das Schweigen des Verwendungsgegners zu einem ihm unterbreiteten Vertragsänderungsantrag nicht als Annahme im Sinne der §§ 145 ff. BGB zu qualifizieren ist. Damit enthält die tragende Begründung des Senatsurteils in den Augen des Senats **keinen Rechtsgedanken, der nicht schon seit jeher Gültigkeit beansprucht**. 63 Darüber hinaus hat seiner Ansicht nach schon das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 11. Oktober 2007 – III ZR 63/07 – eine **zuverlässige Tendenz zur AGB-rechtlichen Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionsklauseln**

⁶⁰ a.a.O. – juris, Rn. 35.

a.a.O. – juris, Rn. 36 mit Bezug u.a. auf BGH, Urteil vom 09. Juli 2024 – XI ZR 44/23 – juris, Rn. 41; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2024.

⁶² BGH, Urteil vom 03. Juni 2025 – XI ZR 45/24 – juris, Rn. 37.

⁶³ a.a.O. – juris, Rn. 39 f. mit Bezug auf BGH, Urteil vom 27. April 2021 – XI ZR 26/20 – juris, Rn. 21 ff, Rn. 36; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2021.



Seite 24 von 75

(dort: eines Internet-Service-Providers) erkennen lassen, so dass Verbrauchern die Erhebung einer Klage, die auf die Rückzahlung vereinnahmten Entgelte gerichtet ist, bereits nach der jeweiligen Leistungserbringung zumutbar war.⁶⁴

Eine vereinzelte abweichende Instanzrechtsprechung ändert daran ebenso wenig wie der Umstand, dass die Verwendung von Zustimmungsfiktionsklauseln im Rechtsverkehr der Banken und Sparkassen lange Zeit beanstandungslos geblieben ist. 65 Einer langjährigen und verbreiteten Verwendung von unwirksamen Zustimmungsfiktionsklauseln misst der Senat kein für die Unzumutbarkeit einer Klageerhebung maßgebendes Gewicht bei. 66

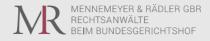
Das unionsrechtliche Effektivitätsgebot i.V.m. Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 der Klauselrichtlinie rechtfertigt für den Senat keine abweichende Beurteilung. Eine im Voraus festgelegte und bekannte dreijährige Verjährungsfrist ist damit vereinbar, wenn der Verbraucher die Möglichkeit hatte, von seinen Rechten Kenntnis zu nehmen, bevor diese Frist zu laufen beginnt oder abgelaufen ist. Danach handelt es sich nach Auffassung des Senats bei der nationalen kenntnisabhängigen Regelverjährungsfrist von drei Jahren (§§ 195, 199 Abs. 1 BGB) um eine angemessene Ausschlussfrist für die Rechtsverfolgung, die die Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität wahrt und die nicht dazu führt, dass die Ausübung der durch das Gemeinschaftsrecht verliehenen Rechte dadurch praktisch unmöglich gemacht oder übermäßig erschwert würde, auch wenn ihr Ablauf naturgemäß die vollständige oder teilweise Abweisung der Klage zur Folge hat.⁶⁷

⁶⁴ BGH, Urteil vom 03. Juni 2025 – XI ZR 45/24 – juris, Rn. 41, 45.

⁶⁵ a.a.O. – juris, Rn. 42.

⁶⁶ a.a.O. – juris, Rn. 44.

⁶⁷ a.a.O. – juris, Rn. 47 f. mit Bezug u.a. auf Senatsurteil vom 09. Juli 2024 – XI ZR 44/23 – juris, Rn. 45; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2024.



Seite 25 von 75

Auch in diesem Kontext genügt es für den Senat, dass für Verbraucher – gegebenenfalls unter Zuhilfenahme von rechtlicher Beratung – die AGB-rechtliche Unwirksamkeit der Zustimmungsfiktionsklausel erkennbar war. Eine zutreffende rechtliche Bewertung durch den Verbraucher selbst hält der Senat für nicht erforderlich. 68 Soweit der EuGH in der Rechtssache "Caixabank"69 es für die Ingangsetzung einer Verjährungsfrist als relevant angesehen hat, dass der Verbraucher von der "rechtlichen Würdigung" des Sachverhalts Kenntnis hat, soll eine richtlinienkonforme Auslegung von § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB ausscheiden, weil dies den eindeutigen Wortlaut und den Sinn und Zweck der nationalen Vorschrift überschritte. 70

Der Antrag auf die begehrte **Feststellung**, dass die Verjährung der Ansprüche von Verbrauchern gegen die Musterbeklagte auf Erstattung von Entgelten bzw. Gebühren nach § 199 Abs. 1 BGB erst ab dem Zeitpunkt zu laufen beginnen könne, ab dem Verbraucher **Kenntnis von der Unwirksamkeit der Zustimmungsfiktionsklausel** haben oder ohne grobe Fahrlässigkeit haben müssen, hatte danach keinen Erfolg. Auf die **Rechtskenntnis** der Verbraucher kommt es nach Auffassung des Senats aus den dargelegten Gründen nicht an.⁷¹ Das Kammergericht hatte dies als Vorinstanz ebenso beurteilt.

⁶⁸ BGH, Urteil vom 03. Juni 2025 – XI ZR 45/24 – juris, Rn. 50.

⁶⁹ Urteil vom 25. Januar 2024 – C-810/21 bis C-813/21 – juris, Rn. 55)

BGH, Urteil vom 03. Juni 2025 – XI ZR 45/24 – juris, Rn. 51 mit Bezug u.a. auf BGH, Urteil vom 09. Juli 2024 – XI ZR 44/23 – juris, Rn. 46 f.; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2024.

⁷¹ BGH, Urteil vom 03. Juni 2025 – <u>XI ZR 45/24</u> – juris, Rn. 29.



Seite 26 von 75

2. Kreditvertragsrecht und Kreditsicherung einschließlich Auslandsgeschäft

a)

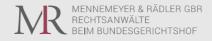
Das bei einer **Darlehensablösung** von dem bisherigen Kreditinstitut in einer Vielzahl von Fällen von dem neuen Kreditinstitut geforderte **Entgelt für den mit der Ablösung des Kredits verbundenen Aufwand** ist als Allgemeine Geschäftsbedingung anzusehen. Sie unterliegt nach § 307 Abs. 3 Satz 1 BGB der richterlichen **Inhaltskontrolle** und ist gemäß § 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB **unwirksam**. Das hat der XI. Zivilsenat am 14. Januar 2025⁷² in Fortführung seines Senatsurteils vom 10. September 2019 – XI ZR 7/19 – entschieden.

Ungeachtet des Umstands, dass die beklagte Sparkasse das Entgelt im Einzelfall bestimmt und die Entscheidung darüber, ob und in welcher Höhe sie ein Entgelt verlangt, anhand der konkreten Umstände des Einzelfalls – insbesondere nach dem Inhalt und der Komplexität des Treuhandauftrags – trifft, handelt es sich bei der Entgeltregelung nach der Beurteilung des Senats um eine Allgemeine Geschäftsbedingung, welche von der Beklagten auch sonst bei gleichartigen Verträgen verwendet wird. Die Einfügung des individuell kalkulierten Betrags des Entgelts, das in etwa 20% der Darlehensablösungen von der Beklagten gefordert wird, stellt dabei in den Augen des Senats lediglich eine notwendige, gleichwohl aber unselbständige Ergänzung der Klausel dar und berührt deshalb im Übrigen nicht ihren Charakter als Allgemeine Geschäftsbedingung.⁷³

Nach der Beurteilung des Senats ist die Entgeltregelung auch für eine Vielzahl von Verträgen vorformuliert. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Absicht des Verwenders besteht, die Bedingung in allen Verträgen zu verwenden. Für den Senat genügt es, dass die Geschäftspraxis der Beklagten erkennbar an der Absicht wiederholter Verwendung ausgerichtet ist, was

⁷² BGH, Urteil vom 14. Januar 2025 – XI ZR 35/24 – juris.

⁷³ a.a.O. – juris, Rn. 15.



der Senat aus dem Umstand folgert, dass sie in etwa 20% aller Darlehensablösungen und damit in einer Vielzahl von Fällen ein Entgelt erhebt.⁷⁴ Seite 27 von 75

Wie der Senat weiter annimmt, handelt es sich um eine der Inhaltskontrolle unterliegende **Preisnebenabrede**, da die Beklagte damit den Aufwand für die **Erfüllung einer eigenen gegenüber ihrem jeweiligen Darlehensnehmer bestehenden Pflicht** auf die Klägerin abwälzt und die Tätigkeit im Verhältnis zur Klägerin **im eigenen Interesse** erbringt.⁷⁵

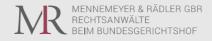
Hat der Darlehensnehmer dem Darlehensgeber eine Grundschuld zur Sicherung von dessen Ansprüchen bestellt, so steht ihm als Sicherungsgeber aus der Sicherungsabrede ein Anspruch auf Rückgewähr des Sicherungsmittels zu, wenn der Darlehensgeber die Sicherheiten nicht mehr benötigt. Dabei kann der Darlehensnehmer frei wählen, ob er eine Löschungsbewilligung, eine löschungsfähige Quittung oder die Abtretung der Grundschuld an sich oder einen Dritten wünscht. Wird im Zusammenhang mit der Ablösung eines Darlehens zur Übertragung der Sicherheit ein Treuhandauftrag erteilt, ist dieser in der Regel lediglich Bestandteil der Erfüllung der Rückgewährpflicht des Darlehensgebers und Sicherungsnehmers und dient dessen Sicherungsinteressen. Daran ändert es für den Senat nichts, dass der bisherige Darlehensgeber in diesem Rahmen zwangsläufig zu dem neuen Darlehensgeber in Kontakt tritt. Im Verhältnis zu diesem erbringt der bisherige Darlehensgeber seine Tätigkeit nach Auffassung des Senats lediglich im eigenen Interesse, um seine gegenüber dem Darlehensnehmer bestehende Verpflichtung zu erfüllen.⁷⁶

Die damit als **Preisnebenabrede** einzuordnende Klausel hält in den Augen des Senats der Inhaltskontrolle nicht stand. Sie ist vielmehr **unwirksam**, weil die Erhebung eines Entgelts im **Interbankenverhältnis** für die Abwicklung eines Treuhandauftrags zur Ablösung eines grundpfandrechtlich be-

⁷⁴ a.a.O. – juris, Rn. 16.

⁷⁵ a.a.O. – juris, Rn. 21.

⁷⁶ a.a.O. – juris, Rn. 22.



Seite 28 von 75

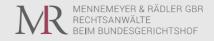
sicherten Darlehens mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung unvereinbar ist und die Klägerin entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt, § 307 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB.⁷⁷ Der Senat greift hierzu auf seine ständige Rechtsprechung zurück, wonach Entgeltklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen mit wesentlichen Grundgedanken der Rechtsordnung unvereinbar sind, wenn Aufwand für Tätigkeiten auf den Kunden abgewälzt wird, zu denen der Verwender gesetzlich oder nebenvertraglich verpflichtet ist oder die er überwiegend im eigenen Interesse erbringt. Denn es gehört zu den wesentlichen Grundgedanken des dispositiven Rechts, dass jeder Rechtsunterworfene solche Tätigkeiten zu erfüllen hat, ohne dafür ein gesondertes Entgelt verlangen zu können.⁷⁸ Für den Senat folgt daraus, dass der mit der Rückgewähr der Grundschuld verbundene Aufwand regelmäßig mit dem gemäß § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB zu zahlenden Zins abzugelten ist.⁷⁹

Hinreichende Gründe, die die Klausel bei der gebotenen umfassenden Interessenabwägung gleichwohl als angemessen erscheinen lassen, erkennt der Senat nicht. Dass sich aus der Übertragung der Sicherheit auf die ablösende Bank zugleich Vorteile für diese und den Darlehensnehmer ergeben, überzeugt den Senat nicht, da diese Vorteile lediglich die Kehrseite der Erfüllung der Pflicht zur Rückgewähr der Sicherheit bilden. Auch stellt sich die Klausel für den Senat nicht deshalb als angemessen dar, weil eine kompensatorische Erhöhung des Darlehenszinses durch die Beklagte Darlehensnehmer belasten könnte, die ihren Kredit ohne Umschuldung über eine andere Bank zurückführen. Derartige preiskalkulatorische Erwägungen sind nach der Beurteilung des Senats grundsätzlich ungeeignet, unangemessene Vertragsgestaltungen zu rechtfertigen. Denn Kreditinstitute müssen ihre Angebote zu solchen Bedingungen kalkulieren, die sich mit den Geboten von Treu und Glauben vereinbaren lassen. Zudem

⁷⁷ a.a.O. – juris, Rn. 23.

⁷⁸ a.a.O. – juris, Rn. 25 mit Bezug u.a. auf BGH, Urteile vom 13. Mai 2014 – XI ZR 405/12 – juris, Rn. 66; vom 16. Februar 2016 – XI ZR 454/14 – juris, Rn. 39; vom 08. November 2016 – XI ZR 552/15 – juris, Rn. 34 und vom 18. Januar 2022 – XI ZR 505/21 – juris, Rn. 19; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2014, I/2016, II/2016 und I/2022.

⁷⁹ BGH, Urteil vom 14. Januar 2025 – XI ZR 35/24 – juris, Rn. 26.



sieht der Senat die Gefahr, dass umschuldende Darlehensnehmer durch die streitige Entgeltklausel **doppelt belastet** werden könnte.⁸⁰

Seite 29 von 75

Die Revision hatte danach Erfolg. Der Senat hat die beklagte Sparkasse verurteilt, die **Entgelte zurückzuzahlen**, die sie zur Abwicklung von zwei Treuhandaufträgen zur Ablösung grundpfandrechtlich besicherter Darlehen von der klagenden Bank vereinnahmt hat. Die Vorinstanz hatte noch angenommen, es handele sich bei der Entgeltabrede nicht um eine vorformulierte Allgemeine Geschäftsbedingung, jedenfalls aber sei sie als Preisabrede der Inhaltskontrolle entzogen.

b)

In seinem Urteil vom 20. Mai 2025⁸¹ hatte der XI. Zivilsenat Gelegenheit, zur **Ordnungsgemäßheit der Angabe** über die **Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung** in einem **Immobiliar-Verbraucherdarlehensvertrag** Stellung zu nehmen.

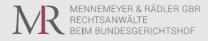
In einem Immobiliar-Verbraucherdarlehensvertrag muss der Darlehensnehmer gemäß Art. 247 § 7 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB klar und verständlich über die Voraussetzungen und die Berechnungsmethode für den Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung informiert werden. Ist die Information über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung unzureichend, ist gemäß § 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB der Anspruch auf Vorfälligkeitsentschädigung ausgeschlossen. Berechnungsmethode genügt es nach ständiger Senatsrechtsprechung, wenn der Darlehensgeber die für die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung wesentlichen Parameter in groben Zügen benennt. Die Darstellung einer finanzmathematischen Berechnungsformel ist nicht erforderlich. Berechnungsformel ist nicht erforderlich.

⁸⁰ a.a.O. – juris, Rn. 28.

⁸¹ BGH, Urteil vom 20. Mai 2025 – XI ZR 22/24 – juris.

⁸² a.a.O. – juris, Rn. 16.

⁸³ a.a.O. – juris, Rn. 18 mit Bezug auf BGH, Urteil vom 03. Dezember 2024 – XI ZR 75/23 – juris, Rn. 18; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2024.



Seite 30 von 75

Bei der Aktiv-Passiv-Methode stellt sich der finanzielle Nachteil des Darlehensgebers als Differenz zwischen den Zinsen, die der Darlehensnehmer bei vereinbarungsgemäßer Durchführung des Darlehensvertrags tatsächlich gezahlt hätte, und der Rendite dar, die sich aus einer laufzeit-kongruenten Wiederanlage der freigewordenen Beträge in sicheren Kapitalmarkttiteln ergibt. Der Differenzbetrag ist um ersparte Risiko- und Verwaltungskosten zu vermindern und auf den Zeitpunkt der Leistung der Vorfälligkeitsentschädigung abzuzinsen.⁸⁴

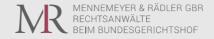
Im Rahmen der Schadensberechnung nach der Aktiv-Passiv-Methode ist die vorbeschriebene **Differenzrechnung** nach der Beurteilung des Senats ein **wesentlicher**, **in groben Zügen zu benennender Parameter**, ohne den die Methode der Berechnung nicht nachvollziehbar ist.⁸⁵

Danach hat der Senat die betreffende Klausel in Ziffer 10.2 "Vorfälligkeitsentschädigung" des Darlehensvertrags mit einer Sparkasse als unzureichend angesehen.

Mit der Formulierung in Ziffer 10.2 Abs. 2 des Darlehensvertrags, wonach von einer Anlage der vorzeitig zurückgezahlten Darlehensmittel in sichere Kapitalmarkttitel (Pfandbriefrenditen der Deutschen Bundesbank) ausgegangen werde, wird zwar die renditebringende Verwendung der vorzeitig zurückgezahlten Darlehensmittel durch die Beklagte beschrieben. Im Anschluss daran heißt es, dass die Beklagte den ihr bei ordnungsgemäßer Vertragsdurchführung zustehenden Betrag ermittelt, der sich aus Tilgungsund Zinszahlungen sowie dem Restkapital am Ende der Zinsfestschreibung zusammensetzt. Damit wird aber aus Sicht des Senats nicht erläutert, wie dieser vom Darlehensnehmer grundsätzlich zurückzuzahlende Betrag zur

BGH, Urteil vom 20. Mai 2025 – XI ZR 22/24 – juris, Rn. 21 mit Bezug u.a. auf BGH, Urteil vom 12. März 2024 – XI ZR 159/23 – juris, Rn. 14; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2024.

⁸⁵ BGH, Urteil vom 20. Mai 2025 – XI ZR 22/24 – juris, Rn. 22.



Seite 31 von 75

Verwendung der vorzeitig zurückgezahlten Darlehensmittel in Beziehung gesetzt wird. Nach der Beurteilung des Senats kann der Verbraucher diese Angabe auch dahin verstehen, dass damit die vertragsgemäß zu leistenden Zins- und Tilgungsleistungen auf den Ablösezeitpunkt abgezinst werden. Dass der finanzielle Nachteil im Ausgangspunkt in der Differenz zwischen dem Vertragszins und der Rendite der am Kapitalmarkt erworbenen Papiere mit einer Laufzeit, die der Restlaufzeit des abzulösenden Darlehens entspricht, liegt, wird durch Ziffer 10.2 des Darlehensvertrags in den Augen des Senats nicht hinreichend klar.⁸⁶

Der Senat hat somit einen Anspruch des Darlehensnehmers auf **Rücker-stattung der gezahlten Vorfälligkeitsentschädigung** aus § 812 Abs. 1 Satz 1 Alt. 1 BGB bejaht. Nach Auffassung des Senats war ein Anspruch der Beklagten auf die Vorfälligkeitsentschädigung nach § 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB ausgeschlossen, so dass der Kläger diese ohne rechtlichen Grund gezahlt hat. Dies führte zur Aufhebung des Berufungsurteils und Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils. Das Berufungsgericht hatte die Angaben zur Berechnungsmethode noch als ausreichend erachtet.

c)

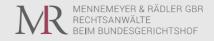
Im Berichtszeitraum hatte der XI. Zivilsenat erneut Gelegenheit, seine Rechtsprechung zum **Widerrufsrecht und dessen Folgen** fortzuführen.

aa)

Nach dem Beschluss des XI. Zivilsenats vom 21. Januar 2025⁸⁷ kann sich der Darlehensgeber bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag nicht auf die **Gesetzlichkeitsfiktion** des Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB berufen, wenn er in der Widerrufsinformation die Angabe von weiteren verbundenen Verträgen mit dem **Zusatz "ggf."** versieht. Dieser Fehler hindert allerdings, wie der Senat in Fortführung des Senatsurteils vom 15. Oktober

⁸⁶ a.a.O. – juris, Rn. 24.

⁸⁷ BGH, Urteil vom 21. Januar 2025 – XI ZR 560/20 – juris.



2024 – XI ZR 39/24 – entschieden hat, das Anlaufen der Widerrufsfrist nicht

Seite 32 von 75

In seinem Urteil vom 11. Februar 2025⁸⁸ hat der XI. Zivilsenat seine Rechtsprechung aus dem Senatsbeschluss vom 11. Januar 2025 Zusatz "ggf." in einer Widerrufsinformation eines Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrags bestätigt.

Die Gesetzlichkeitsfiktion des Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB a.F. greift nur ein, wenn die Widerrufsinformation dem Muster in Anlage 7 zu Art. 247 § 6 Abs. 2 und § 12 Abs. 1 EGBGB in der vom 13. Juni 2014 bis zum 20. März 2016 geltenden Fassung entspricht. Dies ist nach Auffassung des Senats nicht der Fall, wenn in der Widerrufsinformation unter der Zwischenüberschrift "Besonderheiten bei weiteren Verträgen" als mit dem Darlehensvertrag verbundenen Vertrag nicht nur den Fahrzeugkaufvertrag und die GAP-Versicherung, sondern zu Unrecht auch eine "Restschuldversicherung" aufgeführt, obwohl der Darlehensnehmer eine solche nicht abgeschlossen hat. Ferner ist die Angabe der GAP-Versicherung mit dem Zusatz "ggf." versehen, wodurch die Beklagte der ihr obliegenden Pflicht zur verbindlichen Angabe verbundener Verträge nicht nachgekommen ist. Zwar sind optionale Bestandteile in der Widerrufsinformation nach der Rechtsprechung des Senats zulässig, wenn hinreichend konkret angegeben ist, ob sie einschlägig sind, ohne dass dadurch die Musterkonformität in Frage steht. An einer solchen Angabe fehlt es aber bei der zu beurteilenden Widerrufsinformation.89

BGH, Urteil vom 11. Februar 2025 – XI ZR 146/22 – juris (an diesem Verfahren war unsere Sozietät beteiligt).

BGH, Urteil vom 21. Januar 2025 – XI ZR 560/20 – juris, Rn. 11; Urteil vom 11. Februar 2025 – XI ZR 146/22 – juris, Rn. 14 jeweils mit Bezug auf BGH, Urteile vom 23. Februar 2016 – XI ZR 101/15 – juris, Rn. 42 ff.; vom 15. Oktober 2024 – XI ZR 39/24 – juris, Rn. 18; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2016 und II/2024; vgl. ferner im Berichtszeitraum BGH, Urteile vom 11. Februar 2025 – XI ZR 320/22 – juris, Rn. 13 (an diesem Verfahren war unsere Sozietät beteiligt); vom 25. März 2025 – XI ZR 94/23 – juris, Rn. 18.

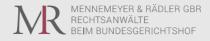


Seite 33 von 75

Die Erwähnung eines tatsächlich nicht erfolgten "Antrag(s) auf Aufnahme in den Restschuldversicherungsschutz" als verbundener Vertrag und der Zusatz "ggf." hierbei wie auch bei der Angabe der tatsächlich abgeschlossenen GAP-Versicherung in erteilten Widerrufsinformation stellen jedoch nach dem Dafürhalten des Senats keine Fehler dar, die dem Anlaufen der Widerrufsfrist entgegenstehen. Er stellt darauf ab, dass sie den Verbraucher nicht in die Irre führen und ihn nicht zum Abschluss eines Vertrags verleiten, den er sonst nicht geschlossen hätte. Sie sind in seinen Augen auch nicht geeignet, sich auf die Befähigung des Verbrauchers, den Umfang seiner Rechte und Pflichten zu erkennen, oder auf seine Vertragsabschlussfreiheit auszuwirken. Ein normal informierter, angemessen aufmerksamer und verständiger Verbraucher liest den gesamten Darlehensvertrag sorgfältig durch und kennt daher die Erläuterungen auf Seite 1 des Darlehensvertrags zu den Versicherungen. Ihm ist nach Auffassung des Senats bekannt, ob er eine Anmeldung zu diesen Versicherungen beantragt hat oder nicht. Der Darlehensnehmer, der nur die GAP-Versicherung abgeschlossen hat, weiß deshalb, dass die hierauf bezogenen Erläuterungen für ihn gelten, während die auf eine "Aufnahme in den Restschuldversicherungsschutz" bezogenen Erläuterungen für ihn keine Bedeutung haben 90

Nicht beanstandet hat der Senat, dass die Beklagte die jährliche Gebühr für die Zusendung eines Jahreskontoauszugs mit "zurzeit EUR 2,90" und etwaige Mahngebühren mit "zurzeit" 7,50 € bzw. 15 € beziffert hat. Unter Kosten i.S.d. Art. 247 § 6 Abs. 1 Nr. 1 EGBGB a.F., § 3 Abs. 1 Nr. 10 EGBGB sind solche zu verstehen, die "im Zusammenhang" mit dem Darlehensvertrag anfallen. Hierunter fallen nach Ansicht des Senats insbesondere Kosten, die aus der Durchführung des Darlehensvertrags erwachsen, wie etwa die Bepreisung von Überziehungsmöglichkeiten oder

BGH, Beschluss vom 11. Januar 2025 – XI ZR 560/20 – juris, Rn. 16; Urteil vom 11. Februar 2025 – XI ZR 146/22 – juris, Rn. 19; ebenso im Berichtszeitraum BGH, Urteil vom 28. Januar 2025 – XI ZR 371/21 – juris, Rn. 22 (an diesem Verfahren war unsere Sozietät beteiligt).



Seite 34 von 75

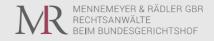
Kosten für die Auszahlung oder Nutzung von Zahlungsauthentifizierungsinstrumenten. Dagegen wird die auf Seite 1 des Darlehensvertrags zwischen den Parteien vereinbarte Gebühr für die Zusendung eines Jahreskontoauszugs – unabhängig davon, ob sie einer Inhaltskontrolle nach §§ 307 ff. BGB standhält – nach Auffassung des Senats nicht von § 3 Abs. 1 Nr. 10 EGBGB erfasst. Vielmehr betrifft diese, wie sich für den Senat aus der Überschrift der in Bezug genommenen Ziffer 5 der Darlehensbedingungen ("Besondere Gebühren") ergibt, eine gesondert zu beauftragende fakultative Zusatzleistung. Im Hinblick auf die Mahngebühren hat die Beklagte auf Seite 3 des Darlehensvertrags ihre aus § 492 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 247 § 6 Abs. 1 Nr. 1 EGBGB a.F., § 3 Abs. 1 Nr. 11 EGBGB resultierende Verpflichtung, über gegebenenfalls anfallende Verzugskosten zu informieren, mit der konkreten Angabe der bei Vertragsschluss von ihr verlangten Mahngebühren in den Augen des Senats ordnungsgemäß erfüllt.91

Wie der Senat weiter annimmt, hat die Beklagte auch die Pflichtangabe über den effektiven Jahreszins gemäß § 492 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 247 § 6 Abs. 1 Nr. 1 EGBGB a.F., § 3 Abs. 1 Nr. 3 EGBGB ordnungsgemäß erteilt. Nach Auffassung des Senats hat die Beklagte die für die GAP-Versicherung anfallenden Kosten zu Recht nicht in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einbezogen, weil die GAP-Versicherung fakultativ war und aufgrund dessen die darauf entfallenden Kosten gemäß Art. 247 § 3 Abs. 2 Satz 3 EGBGB in der bis zum 06. November 2023 geltenden Fassung i.V.m. § 6 Abs. 3 Nr. 4 PAngV in der vom 1. Januar 2013 bis zum 20. März 2016 geltenden Fassung nicht in die Berechnung der für die Berechnung des anzugebenden effektiven Jahreszinses maßgeblichen Gesamtkosten einzubeziehen waren.⁹²

Auch sonst hat der Senat in der Widerrufsinformation keine oder jedenfalls keine solchen Fehler gefunden, die das **Anlaufen der Widerrufsfrist** hindern. Insoweit hat der Senat seine Rechtsprechung aus dem Urteil vom

⁹¹ BGH, Beschluss vom 11. Januar 2025 – XI ZR 560/20 – juris, Rn. 24 ff.

⁹² a.a.O. – juris, Rn. 30.



Seite 35 von 75

15. Oktober 2024 (XI ZR 39/24, WM 2024, 2186 Rn. 20 ff. mwN)⁹³ bekräftigt.⁹⁴ In der Sache XI ZR 560/20 führte dies nach übereinstimmender Erledigungserklärung zu einer Kostenentscheidung zu Lasten des Klägers, in der Sache XI ZR 146/22 zur Bestätigung des Berufungsurteils, das die Wirksamkeit des Widerrufs ebenfalls verneint hatte.

bb)

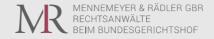
Der Feststellungsantrag des Darlehensnehmers, aufgrund des Widerrufs seiner Vertragserklärung nicht mehr zur Zahlung von Zins- und Tilgungsleistungen aus dem Darlehensvertrag verpflichtet zu sein, zielt allein auf die vertraglichen Erfüllungsansprüche aus dem Darlehensvertrag gemäß § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB. Das hat der XI. Zivilsenat am 29. April 2025⁹⁵ in Bestätigung des Senatsbeschlusses vom 19. September 2023 – XI ZR 58/23 – entschieden.

Die Auslegung des Klageantrags in diesem Sinne ist für den Senat den Maßstäben der Rechtsordnung vernünftig und entspricht der wohlverstandenen Interessenlage. Er stellt darauf ab, dass dem Antrag, wäre er dahin zu verstehen, die Kläger leugneten nicht (nur) Ansprüche der Beklagten aus § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB, sondern einen Anspruch der Beklagten aus dem nach Widerruf entstandenen Rückgewährschuldverhältnis gemäß § 358 Abs. 4 Satz 1 BGB, insoweit das erforderliche Feststellungsinteresse fehlte. Denn bei einer negativen Feststellungsklage entsteht das Feststellungsinteresse des Klägers regelmäßig aus einer vom Beklagten (nicht notwendig ausdrücklich) aufgestellten Bestandsbehauptung ("Berühmen") der vom Kläger verneinten Rechtslage. Da aber die Beklagte die Wirksamkeit des Widerrufs und damit das Zustandekommen eines Rückgewährschuldverhältnisses bestreitet, berühmt sie sich in den Augen des Senats

⁹³ BGH, Urteil vom 15. Oktober 2024 – XI ZR 39/24 – WM 2024, 2186 Rn. 20 ff. m.w.N.: vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2024.

⁹⁴ BGH, Beschluss vom 11. Januar 2025 – XI ZR 560/20 – juris, Rn. 12 ff; Urteil vom 11. Februar 2025 – XI ZR 146/22 – juris, Rn. 15 ff. (an diesem Verfahren war unsere Sozietät beteiligt).

⁹⁵ BGH, Urteil vom 29. April 2025 – XI ZR 140/23 – juris.



keines Anspruchs aus § 358 Abs. 4 Satz 1 BGB a.F. i.V.m. § 357a Abs. 3 Satz 1 BGB.⁹⁶

Seite 36 von 75

In der Sache kann sich die Beklagte auf die Gesetzlichkeitsfiktion des Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB berufen, weil die in dem Darlehensvertrag in hervorgehobener und deutlich gestalteter Form enthaltene Widerrufsinformation nach der Lesart des Senats dem Muster in Anlage 7 zu Art. 247 § 6 Abs. 2 und § 12 Abs. 1 EGBGB in der vom 21. März 2016 bis zum 14. Juni 2021 geltenden Fassung (im Folgenden: a.F.) entspricht. In den fortlaufend paginierten und den Klägern zur Verfügung gestellten Vertragsunterlagen werden sie auf Seite 8 deutlich auf das ihnen nach § 495 BGB zustehende Widerrufsrecht hingewiesen. Die Widerrufsinformation ist durch die Überschrift "Widerrufsinformation" und weitere – in Fettdruck gehaltene – Zwischenüberschriften hervorgehoben und deutlich gestaltet. Die vorgenommenen Abweichungen hinsichtlich Format, Schriftgröße und direkter Anrede des Darlehensnehmers sind nach Auffassung des Senats zulässig (Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 5 EGBGB und erster Sternchenhinweis zu dem Muster in Anlage 7 zu Art. 247 § 6 Abs. 2 und § 12 Abs. 1 EGBGB a.F.). Dass es sich bei dem Darlehensvertrag, dem Fahrzeugkaufvertrag und den Beitritten zu den Ratenschutz- und GAP-Versicherungen um verbundene Verträge nach § 358 BGB gehandelt hat, hat die Beklagte in der Widerrufsinformation unter der Zwischenüberschrift "Besonderheiten bei weiteren Verträgen" zutreffend angegeben. 97

Hierbei bestätigt der Senat seine Rechtsprechung, wonach das **Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union** vom 21. Dezember 2023 in der Rechtssache "BMW-Bank u.a." – C-38/21, C-47/21 und C-232/21 – der **Anwendung der Gesetzlichkeitsfiktion** des Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EG-BGB nicht entgegensteht.⁹⁸

⁹⁶ a.a.O. – juris, Rn. 18 mit Bezug u.a. auf BGH, Beschluss vom 19. September 2023 – XI ZR 58/23 – juris, Rn. 15; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2023.

⁹⁷ BGH, Urteil vom 29. April 2025 – XI ZR 140/23– juris, Rn. 23.

⁹⁸ a.a.O. – juris, Rn. 24 mit Bezug auf BGH, Urteil vom 27. Februar 2024 – XI ZR 258/22 – juris, Rn. 19 ff.; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2024; ebenso im Berichtszeitraum



Seite 37 von 75

Dies führte zur Aufhebung des Berufungsurteils und Abweisung der Klage insgesamt. Das Berufungsgericht war, anders als nunmehr der Senat, noch von einem wirksamen Widerruf ausgegangen.

cc)

Die dem Darlehensnehmer nach § 356b Abs. 1 BGB ausgehändigte Abschrift seines Darlehensantrags muss weder von ihm unterzeichnet noch mit dem Abbild seiner Unterschrift versehen sein. Das hat der XI. Zivilsenat am 06. Mai 2025⁹⁹ im Anschluss an sein Senatsurteil vom 27. Februar 2018 (XI ZR 160/17, WM 2018, 729 Rn. 30) entschieden und sich dabei zugleich zur Angabe des Darlehensvermittlers nach § 492 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 247 § 13 Abs. 1 EGBGB geäußert.

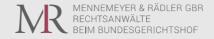
§ 356b Abs. 1 BGB verlangt, wie der Senat dem für ihn eindeutigen Wortlaut der Norm entnimmt, **nicht die Aushändigung einer von beiden Seiten unterzeichneten Vertragsurkunde**. Vielmehr genügt die Aushändigung einer Abschrift des Antrags des Darlehensnehmers. Das dem Verbraucher belassene Exemplar muss nach Auffassung des Senats weder von ihm unterzeichnet noch mit dem Abbild seiner Unterschrift versehen sein.¹⁰⁰

Gemäß Art. 247 § 13 Abs. 1 EGBGB a.F. ist der Vertragsinhalt eines Verbraucherdarlehensvertrags um den Namen und die Anschrift des bei der Anbahnung oder dem Abschluss dieses Vertrags beteiligten Darlehensvermittlers zu ergänzen. Dem ist nicht genügt, wenn sich dem Darlehensvertrag durch den Aufdruck "A. GmbH und Co. KG" quer zum Fließtext links oben auf jeder Seite des durchgehend paginierten Antragsformulars zwar aus der Sicht eines normal informierten, angemessen aufmerksamen und

BGH, Urteil vom 06. Mai 2025 – XI ZR 331/22 – juris, Rn. 19 (an diesem Verfahren war unsere Sozietät beteiligt).

⁹⁹ BGH, Urteil vom 06. Mai 2025 – XI ZR 12/23 – juris (an diesem Verfahren war unsere Sozietät beteiligt).

a.a.O. – juris, Rn. 47 mit Bezug auf BGH, Urteil vom 27. Februar 2018 – XI ZR 160/17 – juris, Rn. 30; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2018.



Seite 38 von 75

verständigen Verbrauchers noch entnehmen lässt, dass dem Kläger mit der A. GmbH und Co. KG die Verkäuferin des zu finanzierenden Fahrzeugs das Darlehen der Beklagten vermittelt hat, deren **Anschrift** in der dem Kläger ausgehändigten Abschrift seines Darlehensantrags jedoch **nicht genannt** ist. ¹⁰¹

Diese Unvollständigkeit steht dem Anlaufen der Widerrufsfrist nach der Beurteilung des Senats aber nicht entgegen. Der Senat stellt darauf ab, dass die Europäischen Standardinformationen für Verbraucherkredite, deren vorvertraglichen Erhalt der Kläger mit einer gesonderten Unterschrift auf dem Darlehensantragsformular bestätigt hat, unter Ziffer 1 "Kreditvermittler" den Namen und die Anschrift der A. GmbH und Co. KG ausweisen. Von einem normal informierten, angemessen aufmerksamen und verständigen Verbraucher erwartet der Senat, dass er den gesamten Darlehensvertrag sorgfältig durchliest. Dies gilt nach seiner Auffassung auch für die Unterlagen, deren vorvertraglichen Erhalt der Verbraucher mit seiner Unterschrift auf dem Darlehensantrag explizit bestätigen soll. Hierdurch wird dem Verbraucher verdeutlicht, dass die in diesen Unterlagen enthaltenen Informationen für ihn von Relevanz für den Vertragsschluss sind. Er wird sie deshalb ebenfalls sorgfältig lesen und ihren Inhalt in seine Entscheidung über den Vertragsabschluss einbeziehen. Weiß der Verbraucher, dass der Darlehensvertrag durch die Fahrzeugverkäuferin vermittelt wurde, und kennt er deren Namen und Anschrift, kann sich das Fehlen dieser Angaben im Darlehensvertrag nach Ansicht des Senats weder auf die Vertragsabschlussentscheidung des Verbrauchers noch auf seine Fähigkeit ausgewirkt haben, den Umfang seiner Rechte und Pflichten aus dem Vertrag zu erkennen. 102

Dies führte im Ergebnis zur Bestätigung des klageabweisenden Berufungsurteils. Das Berufungsgericht hatte den Widerruf, anders als der Senat,

¹⁰¹ BGH, Urteil vom 06. Mai 2025 – <u>XI ZR 12/23</u> – juris, Rn. 44.

¹⁰² a.a.O. – juris, Rn. 45.



noch als wirksam angesehen, aber ein rechtsmissbräuchliches Verhalten angenommen. Ob dies zutrifft, konnte der Senat offenlassen.

Seite 39 von 75

dd)

Nach der vollständigen Erfüllung des Darlehensvertrags steht dem Darlehensnehmer nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union kein Widerrufsrecht nach Art. 14 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie mehr zu. ¹⁰³ Dass dies bei einer richtlinienkonformen Auslegung der Regelung in § 495 Abs. 1 BGB i.V.m. § 355 BGB a.F. auch im nationalen Recht gilt, hat der XI. Zivilsenat am 28. Januar 2025¹⁰⁴ bestätigt.

Einen der richtlinienkonformen Auslegung entgegenstehenden Willen des Gesetzgebers sieht der Senat nicht. 105 Seiner Ansicht nach hat der Gesetzgeber hat keine ausdrückliche Entscheidung für ein von der Auslegung des Art. 14 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie unabhängiges "ewiges" Widerrufsrecht beim Verbraucherdarlehensvertrag getroffen. Vielmehr wollte der Gesetzgeber mit § 495 BGB in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der u.a. der Verbraucherkreditrichtlinie, Art. 14 der Verbraucherkreditrichtlinie umsetzen, ohne über die Vorgaben dieser Norm hinauszugehen. 106 Gegen einen Willen des Gesetzgebers, beim Verbraucherdarlehensvertrag ein von der Auslegung des Art. 14 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie unabhängiges "ewiges" Widerrufsrecht zu gewähren, führt der Senat ferner ins Feld, dass er dem Darlehensgeber mit dem Gesetz zur Einführung einer Musterwiderrufsinformation für Verbraucherdarlehensverträge ermöglicht hat, den Beginn der (dann auf einen Monat verlängerten) Widerrufsfrist durch die Nachholung von Pflichtangaben auszulösen. 107

EuGH, Urteil vom 21. Dezember 2023 – C-38/21, C-47/21 und C-232/21 – BMW Bank u.a. – juris, Rn. 274; 279; 292.

BGH, Urteil vom 28. Januar 2025 – XI ZR 162/21 – juris; ebenso im Berichtszeitraum BGH, Urteil vom 28. Januar 2025 – XI ZR 524/20 – juris, Rn. 13.

¹⁰⁵ BGH, Urteil vom 28. Januar 2025 – <u>XI ZR 162/21</u> – juris, Rn. 14.

¹⁰⁶ a.a.O. – juris, Rn. 15.

¹⁰⁷ a.a.O. – juris, Rn. 16.



Seite 40 von 75

Dies führte im Ergebnis zur Bestätigung des Berufungsurteils. Das Berufungsgericht hatte noch einen Rechtsmissbrauch angenommen. Der Senat hat nunmehr entschieden, dass der Widerruf verspätet war, weil der Darlehensvertrag zu diesem Zeitpunkt bereits vollständig erfüllt war.

3. Zahlungsverkehr, insbesondere

a) Überweisungs-, Lastschrift-, Wechsel- und Scheckverkehr

Hierzu sind im Berichtszeitraum keine Entscheidungen ergangen.

b) EC-Karte und Electronic-/Internet-Banking

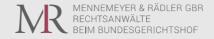
Hierzu sind im Berichtszeitraum keine Entscheidungen ergangen.

c) Kreditkartengeschäft

Die Ansprüche des **Zahlungsdienstnutzers** gegen den Zahlungsdienstleister auf **Erteilung vorvertraglicher Entgeltinformationen** aus § 675d Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 § 4 Abs. 1 Nr. 3 EGBGB und des Verbrauchers aus § 5 ZKG **erlöschen mit Abschluss des Zahlungsdiensterahmenvertrags** durch Zeitablauf.

Der Anspruch des Verbrauchers gegen den Zahlungsdienstleister auf **Zurverfügungstellung von Entgeltaufstellungen** aus § 10 ZKG besteht **nicht rückwirkend**, sondern erst seit Inkrafttreten der Norm und damit seit dem 31. Oktober 2018.

Ein Anspruch des Zahlungsdienstnutzers aus § 675c Abs. 1 i.V.m. § 666 BGB auf Auskunftserteilung und Rechenschaftslegung bezüglich der an den Zahlungsdienstleister entrichteten Entgelte besteht insoweit, als



das Auskunftsbegehren über die nach § 675d Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 § 5 i.V.m. § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a) EGBGB zu erteilenden Informationen im Einzelfall hinausgeht.

Seite 41 von 75

Die **Abtretung von Ansprüchen** gegen den Zahlungsdienstleister auf Entgeltinformationen aus § 675d Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 § 5 i.V.m. § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a) EGBGB, auf Zurverfügungstellung von Entgeltaufstellungen aus § 10 ZKG sowie auf Auskunftserteilung und Rechenschaftslegung aus § 675c Abs. 1 i.V.m. § 666 BGB ist **nicht gemäß § 399 Alt. 1 BGB ausgeschlossen**.

Die Ansprüche gegen den Zahlungsdienstleister auf Entgeltinformationen aus § 675d Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 § 5 i.V.m. § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a) EGBGB, auf Zurverfügungstellung von Entgeltaufstellungen aus § 10 ZKG sowie auf Auskunftserteilung und Rechenschaftslegung aus § 675c Abs. 1 i.V.m. § 666 BGB sind grundsätzlich **nicht isoliert**, das heißt ohne den Hauptanspruch, dessen Vorbereitung und Berechnung sie in der Regel dienen, **abtretbar**.

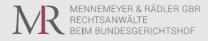
Das hat der XI. Zivilsenat am 24. September 2024 entschieden. 108

Die vorvertraglichen Entgeltinformationen aus § 675d Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 § 4 Abs. 1 Nr. 3 EGBGB und aus § 5 ZKG hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer vor dessen Vertragserklärung mitzuteilen. Sie sollen die Markttransparenz erhöhen, den Wettbewerb fördern und es dem Zahlungsdienstnutzer ermöglichen, die Vertragsbedingungen der Zahlungsdienstleister zu vergleichen. Nach Ansicht des Senats erlöschen deshalb die vorvertraglichen Auskunftsansprüche mit Abschluss des Zahlungsdiensterahmenvertrags durch Zeitablauf. 109

-

¹⁰⁸ BGH, Urteil vom 24. September 2024 – <u>XI ZR 111/23</u> – juris.

¹⁰⁹ a.a.O. – juris, Rn. 15.



Seite 42 von 75

Während der Vertragslaufzeit bestehen Informationspflichten des Zahlungsdienstleisters gegenüber dem Zahlungsdienstnutzer bezüglich der mit dem Zahlungskonto anfallenden Entgelte aus § 10 ZKG und bezüglich aller Entgelte, die der Zahlungsdienstnutzer an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, aus § 675d Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 § 5 i.V.m. § 4 Nr. 3 Buchst. a) EGBGB. Ein Anspruch auf Zurverfügungstellung von Entgeltaufstellungen aus § 10 ZKG besteht in zeitlicher Hinsicht nach dem Dafürhalten des Senats allerdings erst seit Inkrafttreten der Norm und damit seit dem 31. Oktober 2018. Die Vorschrift beansprucht in Ermangelung einer Regelung über eine rückwirkende Anwendbarkeit ab dem Tag ihres Inkrafttretens Geltung und begründet daher erst ab dem 31. Oktober 2018 eine Verpflichtung des Zahlungsdienstleisters, Entgeltaufstellungen zur Verfügung zu stellen. 110

Ein Anspruch aus § 675c Abs. 1 i.V.m. § 666 BGB auf **Auskunftserteilung und Rechenschaftslegung** bezüglich der von ihr an die Beklagte entrichteten **Entgelte** besteht ebenfalls, soweit das Auskunftsbegehren über die nach § 675d Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 248 § 5 i.V.m. § 4 Nr. 3 Buchst. a) EGBGB **zu erteilenden Informationen im Einzelfall hinausgeht**. Insoweit kommen nach Ansicht des Senats insbesondere Auskünfte in Betracht, die zur Überprüfung der Richtigkeit einzelner Buchungen erforderlich sind.¹¹¹

Weiter hat der Senat erkannt, dass Auskunftsansprüche der vorgenannten Art **abgetreten werden können** und damit einen in der Instanzrechtsprechung und im Schrifttum bestehenden Meinungsstreit entschieden. Nach dem Dafürhalten des Senats steht § 399 Alt. 1 BGB der Abtretung nicht entgegen. Die Auskunftsansprüche haben nach der Beurteilung des Senats weder einen **höchstpersönlichen Gehalt**, 113 noch verändert sich durch die Abtretung die geschuldete **Leistungshandlung**. 114 Auch eine **Trennung**

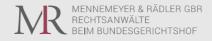
¹¹⁰ a.a.O. – juris, Rn. 16.

¹¹¹ a.a.O. – juris, Rn. 17.

¹¹² a.a.O. – juris, Rn. 19 ff.

¹¹³ a.a.O. – juris, Rn. 25.

¹¹⁴ a.a.O. – juris, Rn. 28.



Seite 43 von 75

der Ansprüche vom Verbraucher ist in den Augen des Senats unschädlich, weil die Verbrauchereigenschaft zwar bei § 10 ZKG Voraussetzung der Anspruchsentstehung ist, der weitere Bestand der Forderung aber nicht vom Fortbestand der Verbrauchereigenschaft abhängt.¹¹⁵

Auch der Zweck der Auskunftsansprüche spricht nach Ansicht des Senats nicht für einen Abtretungsausschluss nach § 399 Alt. 1 BGB. Der Senat stellt darauf ab, dass die gegenüber dem Zahlungsdienstleister bestehenden Auskunftsansprüche nicht lediglich "ideellen" Charakter haben, sondern auch dazu dienen, von den Zahlungsdienstleistern rechtsgrundlos vereinnahmte Entgelte zurückzufordern. Insoweit handelt es sich bei den Auskunftsansprüchen um Hilfsansprüche zur Vorbereitung von Zahlungsansprüchen. Da es einem registrierten Inkassodienstleister als Zessionar gestattet ist, für den Zahlungsdienstnutzer die Rückzahlungsansprüche geltend zu machen, ist es für den Senat konsequent, dass gleiches für die zu deren Vorbereitung dienenden Auskunftsansprüche gilt. 116 Daraus folgt für den Senat allerdings auch, dass die Auskunftsansprüche grundsätzlich nicht isoliert, das heißt ohne den Hauptanspruch, dessen Vorbereitung und Berechnung sie in der Regel dienen, abtretbar sind. 117

Dies führte zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache. Das Berufungsgericht hatte noch angenommen, dass die Auskunftsansprüche der Kundin wegen der Regelung des § 399 Alt. 1 BGB nicht an die Klägerin, ein Inkassounternehmen, hätten abgetreten werden können.

4. Sonstige Bankgeschäfte – insbesondere i.S.v. § 1 Abs. 1 Satz 2 KWG

Hierzu sind im Berichtszeitraum keine Entscheidungen ergangen.

¹¹⁵ a.a.O. – juris, Rn. 29.

¹¹⁶ a.a.O. – juris, Rn. 31, 34.

¹¹⁷ a.a.O. – juris, Rn. 37.



Seite 44 von 75

5.

Kapitalmarkt- und Kapitalanlagerecht, insbesondere Wertpapierhandel, Investmentgeschäft, alternative Anlageformen, Vermögensverwaltung, Vermögensverwahrung

a)

§ 31 BGB gilt für alle juristischen Personen.

§ 31 BGB ist keine haftungsbegründende, sondern eine haftungszuweisende Norm. Die juristische Person haftet, wenn eines ihrer Organe in "amtlicher" Eigenschaft, das heißt in dem ihm zugewiesenen Wirkungskreis, eine zum Schadensersatz verpflichtende Handlung begangen hat.

Sind Organe verschiedener juristischer Personen mit ein und derselben natürlichen Person besetzt und hat diese eine schadenstiftende unerlaubte Handlung in unterschiedlichen "amtlichen" Eigenschaften begangen, haften nach der Zuweisungsnorm des § 31 BGB für den eingetretenen Schaden alle juristischen Personen, für die sie insoweit als Organ in dem ihm zugewiesenen Wirkungskreis aufgetreten ist, als Gesamtschuldner (§ 840 Abs. 1 BGB).

Das hat der III. Zivilsenat in seinem Urteil vom 06. März 2025¹¹⁸ entschieden. Die Entscheidung befasst sich außerdem mit der Haftungszuweisung, wenn die schadenstiftende unerlaubte Handlung im Rahmen eines "Schneeballsystems" verwirklicht worden ist.

Ziel der Regelung des § 31 BGB ist es, durch **Verbreiterung der Haftungs-masse** den Rechtsverkehr vor Schadenshandlungen zu schützen, die das Organ in "amtlicher" Eigenschaft begangen hat.¹¹⁹ Die Regelung gilt für **alle juristischen Personen**. § 31 BGB ist keine haftungsbegründende, sondern

¹¹⁸ BGH, Urteil vom 06. März 2025 – <u>III ZR 137/24</u> – juris.

¹¹⁹ a.a.O – juris.



Seite 45 von 75

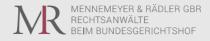
eine haftungszuweisende Norm, die einen **Haftungstatbestand** voraussetzt. Unerlässliche Voraussetzung der Zurechnung ist es, dass das Organ, also eine natürliche Person, eine zum Schadensersatz verpflichtende Handlung begangen hat. Die juristische Person haftet, wenn die natürliche Person insoweit als ihr Organ in dem ihm **zugewiesenen Wirkungskreis** aufgetreten ist; das Organ muss in "amtlicher" Eigenschaft gehandelt haben.¹²⁰

Die juristische Person haftet nicht, wenn die natürliche Person ausschließlich als Organ einer anderen juristischen Person tätig geworden ist, selbst wenn diese zum selben Konzern gehört. Sind Organe verschiedener juristischer Personen mit ein und derselben natürlichen Person besetzt, haften diese verschiedenen juristischen Personen, wenn diese natürliche Person als Täter eine aus mehreren Teilakten beziehungsweise Tatbeiträgen bestehende unerlaubte Handlung in unterschiedlichen "amtlichen" Eigenschaften begangen hat, das heißt bei einzelnen Teilakten oder Tatbeiträgen der unerlaubten Handlung als Organ der juristischen Person A, bei weiteren als Organ der juristischen Person B und bei wiederum anderen als Organ der juristischen Person C usw. gehandelt hat. Der Senat sieht sich in der Tradition der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wenn er annimmt, dass eine Verrichtung gleichzeitig Organhandlung für mehrere Rechtspersonen sein kann; darin ist seiner Ansicht nach bereits angelegt, dass mehrere juristische Personen für das Handeln ihres - personenidentischen - Organs zum Schadensersatz verpflichtet sein können. Sie haften dann als Gesamtschuldner (§ 840 Abs. 1 BGB). Über die Zuordnung entscheidet in solchen Fällen nicht der innere Wille des Handelnden, sondern die Sicht eines objektiven Beurteilers. 121

Daraus folgt für den Senat, dass dann, wenn sich ein Tatgeschehen wie das Betreiben und Aufrechterhalten eines Schneeballsystems in mittelbarer

¹²⁰ a.a.O – juris, Rn. 27.

¹²¹ a.a.O. – juris, Rn. 28.



Seite 46 von 75

(Mit-)Täterschaft aus mehreren Handlungen desselben Beteiligten zusammensetzt, jede von ihnen als Tatbeitrag relevant und derjenigen juristischen Person zuzurechnen ist, als deren Organ die handelnde natürliche Person tätig wurde. 122 Für die Haftung der Schuldnerin genügt es daher nach Auffassung des Senats, dass deren Vorstand sie dazu einsetzte, aktiv als Vermittlerin von Eigengeschäften der das Schneeballsystem betreibenden Finanzdienstleistungsgesellschaft ein Provisionskarussell in Gang zu setzen, um entgegen der Realität ein positives Bild der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vorspiegeln zu können. Soweit die Verantwortlichkeit desselben Vorstands für die Erstellung des unrichtigen Prospekts oder die Organisation des Vertriebs der Orderschuldverschreibungen der Finanzdienstleistungsgesellschaft in Rede steht, haftet die Finanzdienstleistungsgesellschaft als Gesamtschuldner, weil diese Tätigkeiten seiner Funktion als deren Organ zuzuordnen sind. 123

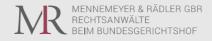
Wie der Senat weiter ausführt, kommt eine Schadensersatzpflicht nach § 823 Abs. 2 BGB selbst dann in Betracht, wenn die Tatherrschaft des Handelnden dem Geschädigten **verborgen** bleibt. Die Haftung der juristischen Person nach § 31 BGB, die allein dem schadenstiftenden Verhalten ihres Organs folgt, setzt daher nach Auffassung des Senats einen **unmittelbaren** Kontakt desselben mit dem Geschädigten nicht voraus.¹²⁴

Die Klage des geschädigten Anlegers auf Feststellung seines Schadensersatzanspruchs zur Insolvenztabelle hatte danach Erfolg. Der Senat hat den Anspruch mit dem Berufungsgericht als gegeben und nicht verjährt angesehen. Allerdings hebt der Senat hervor, dass in Fällen von Schneeballsystemen, in denen die Anlegergelder nicht in die avisierte Anlage investiert werden, der getäuschte Anleger durch die Zahlung des anzulegenden Betrags einen unmittelbaren und endgültigen Vermögensschaden in Höhe der vollen Anlagesumme erleidet, weil die

¹²² a.a.O. – juris, Rn. 29.

¹²³ a.a.O. – juris, Rn. 29.

¹²⁴ a.a.O. – juris, Rn. 32.



Seite 47 von 75

getätigte Anlage wirtschaftlich zumindest teilweise wertlos ist. Die Forderung des Klägers ist damit schon mit dem Erwerb der Orderschuldverschreibungen entstanden (§ 199 Abs. 1 Nr. 1 BGB). 125 Jedoch verneint der Senat eine Kenntnis oder grobfahrlässige Unkenntnis von den Tatsachen, die eine Haftung der Schuldnerin begründen. Die Verjährungsvoraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs sind seiner Ansicht nach selbständig und unabhängig voneinander zu prüfen, wenn sowohl das **Organ** eines in der Rechtsform einer juristischen Person betriebenen Unternehmens persönlich als auch über § 31 BGB dieses Unternehmen selbst haftungsrechtlich in Anspruch genommen wird. 126 Es kommt daher darauf an, dass beim Kläger die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis des insoweit entscheidenden Umstands vorlag, dass die Schuldnerin durch das Handeln ihres Vorstands in betrügerische Handlungen gegenüber Orderschuldverschreibungsgläubigern eingebunden war, nämlich in nennenswertem Umfang Eigenverträge vermittelte und Provisionen abführte zu dem Zweck, durch ein Provisionskarussell und dessen bilanzielle Effekte entgegen der Realität ein positives Bild der wirtschaftlichen Lage der Anlagegesellschaft vorspiegeln zu können. Dies konnte der Senat den Feststellungen nicht entnehmen. 127 Dies führte zur Bestätigung des Berufungsurteils.

b)

Mit den Voraussetzungen eines unvermeidbaren Verbotsirrtums beim Betreiben unerlaubter Einlagengeschäfte nach dem Kreditwesengesetz, wenn sich der Täter während eines gegen ihn wegen Verstoßes gegen § 32 Abs. 1 KWG geführten Ermittlungsverfahrens zur Gestaltung eines zukünftig erlaubnisfreien Anlagemodells an einen Fachanwalt für Bankund Kapitalmarktrecht wendet, befasst sich die Entscheidung des III. Zivilsenats vom 20. März 2025. 128

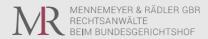
¹²⁵ a.a.O. – juris, Rn. 34 ff.

¹²⁶ a.a.O. – juris, Rn. 38.

¹²⁷ a.a.O. – juris, Rn. 44.

BGH, Urteil vom 20. März 2025 – III ZR 261/23 – juris (an diesem Verfahren war unsere Sozietät beteiligt)





Hält der Täter des § 54 KWG seine Geschäfte für rechtlich zulässig und nicht erlaubnispflichtig, so stellt dies nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung aus strafrechtlicher Sicht einen Verbotsirrtum im Sinne des § 17 StGB dar. 129 Ein Verbotsirrtum ist im Sinne von § 17 Satz 1 StGB unvermeidbar, wenn der Täter trotz der ihm nach den Umständen des Falles, seiner Persönlichkeit sowie seines Lebens- und Berufskreises zuzumutenden Anspannung des Gewissens die Einsicht in das Unrechtmäßige nicht zu gewinnen vermochte. Im Zweifel trifft ihn eine Erkundigungspflicht, wobei Auskunftsperson und erteilte Auskunft verlässlich sein müssen. 130

Davon ausgehend hat der Senat nach den maßgeblichen Einzelfallumständen den Irrtum des Beklagten über die (fehlende) Erlaubnispflicht der Geschäfte auf der Grundlage der Darlehensverträge zwischen dem Kläger und der GmbH als unvermeidbar angesehen. 131 Um der Annahme einer Einlage oder anderer unbedingt rückzahlbarer Gelder des Publikums und damit eines Einlagengeschäfts im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG zu entgehen, hatte der Beklagte eine qualifizierte Nachrangabrede des Inhalts getroffen, dass die Forderung des Kapitalgebers außerhalb des Insolvenzverfahrens nur aus ungebundenem Vermögen und in der Insolvenz nur im Rang nach den Forderungen sämtlicher normaler Insolvenzgläubiger befriedigt werden kann. Die entsprechenden Klauseln waren – vom Senat als zutreffend unterstellt – wegen fehlender Transparenz auf der Grundlage einer neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs unwirksam. 132

Nach der Beurteilung des Senats hatte der Beklagte mit der Beauftragung eines Fachanwalts für Finanz- und Kapitalmarktrecht und damit eines auf diese Gebiete spezialisierten, kompetenten Rechtsanwalts mit einer neuen (erlaubnisfreien) Vertragsgestaltung, zunächst einmal das Gebotene getan,

¹²⁹ a.a.O. – juris, Rn. 13.

¹³⁰ a.a.O. – juris, Rn. 14.

¹³¹ a.a.O. – juris, Rn. 17.

¹³² a.a.O. – juris, Rn. 11 f.



Seite 49 von 75

um sicherzustellen, dass das Anlagemodell in Zukunft nicht mehr unter die Erlaubnispflicht nach dem Kreditwesengesetz fallen würde. Er durfte nach Ansicht des Senats grundsätzlich darauf vertrauen, dass er auf der Grundlage der von dem Fachanwalt entworfenen qualifizierten Nachrangklauseln eine erlaubnisfreie Tätigkeit ausüben würde. Dass die Ausarbeitungen mit der nötigen Gründlichkeit und unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage erfolgt waren, musste der Beklagte in den Augen des Senats nicht anzweifeln.¹³³

Der Senat stellt weiter darauf ab, dass sowohl der Beklagte als auch der Fachanwalt um die Unerlaubtheit des bisherigen Anlagemodells wussten, dessentwegen die Staatsanwaltschaft ermittelte. Gegenstand des an den Anwalt noch während des laufenden Ermittlungsverfahrens gerichteten Auftrags war daher gerade, für eine - als solche mögliche - erlaubnisfreie und wirksame Vertragsgestaltung zu sorgen, um dem Beklagten durch die Umgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen eine grundsätzliche Fortführung seiner bisherigen Tätigkeit zu ermöglichen und eine weitere Strafverfolgung zu vermeiden. Dies unterscheidet die vorliegende Fallgestaltung in den Augen des Senats von Situationen, in denen lediglich um eine - mehr oder minder fundierte - rechtliche Auskunft nachgesucht wird, die von dem Wunsch getragen wird, die Rechtmäßigkeit eines bestehenden Zustands zu bestätigen.¹³⁴

Vor diesem Hintergrund liegt es für den Senat fern, dass der Beklagte vorschnell auf die Richtigkeit eines ihm günstigen Standpunkts vertraut haben könnte. Im Gegenteil durfte er sich nach dem Dafürhalten des Senats durch den Verlauf des Ermittlungsverfahrens in seiner Auffassung bestärkt sehen, sein Anlagemodell mit Blick auf die in die Verträge aufgenommenen qualifizierten Rangrücktrittsklauseln in Zukunft erlaubnisfrei betreiben zu dürfen. Denn die zuständige Staatsanwältin hatte in Kenntnis der neuen Vertragsunterlagen die Strafverfolgung des Beklagten wegen Verstoßes

¹³³ a.a.O. – juris, Rn. 18.

¹³⁴ a.a.O. – juris, Rn. 20.



Seite 50 von 75

gegen § 54 KWG nicht weiter ausgedehnt, sondern vielmehr die von der GmbH geschlossenen Verträge nach eigener Prüfung - wie in der Einstellungsverfügung dargelegt - als nicht erlaubnispflichtig angesehen. ¹³⁵ Danach hatte nach Ansicht des Senats auch der Beklagte als rechtlicher Laie keinen Anlass mehr, die Rechtslage (weiter) zu überprüfen ¹³⁶ oder sich an die BaFin als zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden. ¹³⁷

Dies führte zur Aufhebung des Berufungsurteils und Abweisung der gegen den Beklagten gerichteten Schadensersatzklage wegen unerlaubter Eigengeschäfte. Das Berufungsgericht hatte einen unvermeidbaren Verbotsirrtum noch verneint.

c)

Der Beschluss des XI. Zivilsenats vom 11. März 2025¹³⁸ befasst sich mit den Angaben, die ein **Verkaufsprospekt** gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 7 VermVerkProspV in der Fassung bis zum 31. Mai 2012 hinsichtlich eines **Bewertungsgutachtens für das Anlageobjekt** enthalten muss.

Nach § 9 Abs. 2 Nr. 7 VermVerkProspV a.F. muss der Verkaufsprospekt den Namen der Person oder Gesellschaft, die ein Bewertungsgutachten für das Anlageobjekt erstellt hat, das Datum des Bewertungsgutachtens und dessen Ergebnis angeben. Die Regelung verfolgt den Zweck, dem Anleger eine Einschätzung des Wertes des Anlageobjekts zu ermöglichen. Diesen Zweck erfüllt der Verkaufsprospekt, wenn er die in § 9 Abs. 2 Nr. 7 VermVerkProspV a.F. genannten Angaben enthält. Wie der Gutachter zu diesem Ergebnis gekommen ist, muss nach § 9 Abs. 2 Nr. 7 VermVerkProspV a.F. im Prospekt nicht erläutert werden. 139

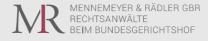
¹³⁵ a.a.O. – juris, Rn. 21.

¹³⁶ a.a.O. – juris, Rn. 22.

¹³⁷ a.a.O. – juris, Rn. 25.

BGH, Beschluss vom 11. März 2025 – XI ZB 1/24 – juris; vgl. auch die Parallelentscheidung XI ZB 2/24 vom gleichen Tag.

BGH, Beschluss vom 11. März 2025 – <u>XI ZB 1/24</u> – juris, Rn. 35 mit Bezug auf BGH, Beschlüsse vom 26. Juli 2022 – <u>XI ZB 23/20</u> – juris, Rn. 100; vom 23. Mai 2023 – <u>XI ZB 30/20</u> – juris, Rn. 49; vom 13. Juni 2023 – <u>XI ZB 17/21</u> – juris, Rn. 50 und vom 05. März 2024 – <u>XI ZB 17/22</u> – juris, Rn. 91; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2022, I/2023 und I/2024.



Seite 51 von 75

Nach diesen Maßstäben musste der Prospekt nach der Beurteilung des Senats keine Angaben darüber enthalten, dass der Gutachter **nur drei der 14 Schiffe selbst besichtigt** und anstelle einer eigenen Besichtigung bei den weiteren Schiffen lediglich auf Besichtigungen durch andere Gutachterbüros zurückgegriffen hatte. 140

Nach Ansicht des Senats erweckt der Prospekt, was eine weitergehende Auskunftspflicht nach § 2 Abs. 1 Satz 1 VermVerkProspV a.F. begründen könnte, auch nicht den Eindruck, dass der Gutachter sämtliche Schiffe selbst besichtigt hat. Dass der Gutachter laut Prospekt den Zustand der Schiffe und unter Berücksichtigung dieses **Zustands** "zum gegenwärtigen Zeitpunkt" die Schiffspreise bewertet hat, lässt in den Augen des Senats nicht darauf schließen, der Gutachter habe die Schiffe besichtigt. Weder der Umstand, dass das Gutachten als unabhängig bezeichnet wird, noch, dass die "Angaben zu technischen Details der Schiffe auf dem Gutachten" beruhen, rechtfertigt für den Senat den Schluss, der Gutachter habe die einzelnen Daten allesamt selbst unmittelbar, etwa durch Vermessung der Fondsschiffe, erhoben. Die Prospektangaben wecken aus Sicht des Senats keine Erwartung dahin, die Informationen, die dem Gutachten zugrunde liegen, stammten aus einer bestimmten Quelle. Der Senat stellt darauf ab, dass sich der Prospekt zur Methodik des Gutachters nicht verhält. Auch der Umstand, dass der Prospekt zunächst angibt, die Schiffe seien durch andere inspiziert worden, erlaubt für den Senat nicht den Schluss, dass das "darüber hinaus" eingeholte Gutachten auf einer eigenen Inspektion beruhe. Für einen durchschnittlichen Anleger, der den Prospekt sorgfältig und eingehend liest, ist in den Augen des Senats erkennbar, dass das Gutachten über die erwähnte Inspektion hinausgeht, weil es die Schiffspreise bewertet. Der Anleger unterstellt nach Ansicht des Senats auch nicht ohne weitere Anhaltspunkte, dass eine solche gutachterliche Bewertung auf einer Inaugenscheinnahme der Schiffe beruht. 141

¹⁴⁰ BGH, Beschluss vom 11. März 2025 – XI ZB 1/24 – juris, Rn. 34.

¹⁴¹ a.a.O. – juris, Rn. 36.



Seite 52 von 75

Weiter hat der Senat nach § 9 Abs. 2 Nr. 7 VermVerkProspV a.F. die Mitteilung im Prospekt als ausreichend angesehen, dass die D. B.V. in ihrem Report vom 12. Januar 2006 eine Prüfung und **Bewertung der Bonität des Poolraten-Garanten** vorgenommen hat und was das **Ergebnis dieser Bewertung** ist.¹⁴²

Schließlich hat der Senat es nicht als irreführend angesehen, dass der Prospekt – so das Feststellungsziel – die **Kaufpreise als "noch günstig"** darstelle, obwohl die Fondsschiffe zu deutlich höheren Preisen eingekauft worden seien, als diese auf dem **Markt für Second-Hand-Schiffe** gehandelt worden seien.¹⁴³

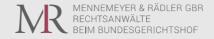
Der Prospekt gibt an, dass die Fondsschiffe in einem Sammelgutachten beurteilt wurden und der Gutachter die Schiffspreise insgesamt als "noch günstig bewertet. Diese Bewertung macht sich der Prospekt nach der Beurteilung des Senats nicht zu eigen, sondern gibt sie erkennbar lediglich, wie von § 9 Abs. 2 Nr. 7 VermVerkProspV a.F. gefordert, wieder. Über die Mitteilung des Ergebnisses hinaus obliegt den Prospektverantwortlichen nach § 9 Abs. 2 Nr. 7 VermVerkProspV a.F. nicht die Gewähr für die Richtigkeit des Gutachtens. Ob sich anderes aus § 2 Abs. 1 Satz 1 VermVerkProspV a.F. ergibt, wenn die Prospektverantwortlichen die Fehlerhaftigkeit des Ergebnisses des Bewertungsgutachtens erkannt oder verschuldet haben, konnte der Senat offenlassen, weil die Rechtsbeschwerde Derartiges nicht geltend gemacht habe. 144

Damit hat der Senat sämtliche geltend gemachten Prospektfehler verneint. Dies führte im Verfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz zur Bestätigung der Entscheidung des Oberlandesgerichts mit

¹⁴² a.a.O. – juris, Rn. 38.

¹⁴³ a.a.O. – juris, Rn. 39.

¹⁴⁴ a.a.O. – juris, Rn. 40.



Seite 53 von 75

der Maßgabe, dass der Vorlagebeschluss hinsichtlich der Feststellungsziele 2 bis 4 für **gegenstandslos** erklärt wurde. Da der Prospekt nach Ansicht des Senats keine Fehler aufweist, kann es bei seiner Entscheidung auf Feststellungen zur Kausalität (Feststellungsziel 2), zur Erkennbarkeit bei der gebotenen sachkundigen Prüfung mit banküblicher Sorgfalt (Feststellungsziel 3) und zur Erkennbarkeit im Rahmen einer Plausibilitätsprüfung (Feststellungsziel 4) nicht mehr an.¹⁴⁵

d)

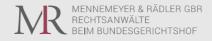
Mit der Pflicht, in einem Verkaufsprospekt für die Beteiligung an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand jeweils der Erwerb und Betrieb eines Containerschiffs ist, Angaben zu dem bestehenden Angebot an und der bestehenden Nachfrage nach Containerstellplätzen sowie deren prognostizierte Entwicklung zu machen, befasst sich der Beschluss des XI. Zivilsenats vom 06. Mai 2025. 146

Gegenstand von Feststellungszielen in dem zugrundeliegenden Kapitalanlage-Musterverfahren ist u.a., dass die Durchschnittscharterraten für
Containerschiffe auch vor Prospektveröffentlichung extrem volatil gewesen seien, dass die extremen Auswirkungen von Diskrepanzen
zwischen Angebot und Nachfrage auf die Höhe des Charterratenniveaus nicht dargestellt würden und dass zum Zeitpunkt der Prospektherausgabe bereits eine Übertonnage im Containerschiffbereich bestanden
habe, die aufgrund neu auf den Markt drängender Schiffe weiter wachsen
würde, und die Anschlusscharterraten daher unvertretbar hoch angesetzt worden seien.

Der Senat knüpft hierzu an seine Rechtsprechung an, wonach die für die Anlageentscheidung wesentlichen **Prognosen über die voraussichtliche künftige Entwicklung des Anlageobjekts** zu den Umständen gehört, über

¹⁴⁵ a.a.O. – juris, Rn. 44.

¹⁴⁶ BGH, Beschluss vom 06. Mai 2025 – <u>XI ZB 30/21</u> – juris.



Seite 54 von 75

die der Prospekt ein zutreffendes und vollständiges Bild zu vermitteln hat. 147 Der Flottenzuwachs stellt nach Auffassung des Senats einen solchen Umstand dar, der für den Anleger bei seiner Anlageentscheidung von Bedeutung ist. Denn ein Zuwachs der Flotte geht mit einem höheren Angebot an Containerstellplätzen einher, was sich in Abhängigkeit von der Nachfrage negativ auf die Position der Fondsschiffe am Containerschiffsmarkt auswirken kann. Um die zukünftige Marktposition der Fondsschiffe einschätzen zu können, muss der Prospekt den Anleger daher sowohl über die prognostizierte Nachfrage nach als auch über das prognostizierte Angebot an Containerstellplätzen informieren. 148

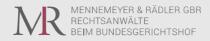
Dazu enthielt der Prospekt in der Lesart des Senats keine Angaben. Der Prospekt beschäftigt sich in vom Senat näher zitierten Aussagen bei der Beschreibung des Markts nur mit den wachsenden Containerumschlagszahlen und leitet daraus eine positive Einschätzung ab. Er stellt diesem Umstand jedoch nach der Beurteilung des Senats nicht gegenüber, wie sich die Situation auf der Angebotsseite darstellt, und geht somit weder auf den Bestand an Containerschiffen zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung noch auf den zukünftig absehbaren Bestand ein. Zu der Entwicklung der Charterraten wird nur eine erfolgte Konsolidierung im Vorjahr erwähnt, ohne auf diese näher einzugehen. Zudem wird erwähnt, dass für Schiffe der Größe 2.050 TEU die durchschnittliche Charterrate (Januar 2001 bis Juli 2006) laut Howe Robinson Index bei rund 20.300 US\$ pro Tag gelegen habe. Eine extreme Volatilität der Charterraten – wie vom Musterkläger behauptet – würde durch diese Aussage in den Augen des Senats verdeckt. 149

Dies führte hinsichtlich der betreffenden Feststellungsziele zur **Aufhebung** und **Zurückverweisung**, da das Oberlandesgericht keine Feststellungen

a.a.O. – juris, Rn. 114 mit Bezug auf BGH, Beschluss vom 26. März 2024 – XI ZB 25/22 – juris, Rn. 73; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2024.

¹⁴⁸ BGH, Beschluss vom 06. Mai 2025 – <u>XI ZB 30/21</u>– juris, Rn. 114.

¹⁴⁹ a.a.O. – juris, Rn. 115 f.



zu bestimmten tatsächlichen Aussagen zu den Marktgegebenheiten getroffen hat, die diese Feststellungsziele beinhalten. 150

Seite 55 von 75

Die übrigen Feststellungsziele hat der Senat für unbegründet erachtet.

Nach der Beurteilung des Senats erweckt der Prospekt nicht den Eindruck, dass der **Kapitalrückfluss gesichert** ist. Vielmehr legt er das Risiko offen, dass die Charterer die Verträge ganz oder teilweise nicht erfüllen oder bei Vorliegen bestimmter Gründe außerplanmäßig kündigen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen oder der Maßnahmen der Steuerrechtsbehörden das Beteiligungsergebnis negativ beeinflussen können.¹⁵¹

Das Feststellungsziel, wonach der Prospekt auf Seite 5 mit der Formulierung, nach 20 Jahren Einsatzzeit bestehe ein **Sonderkündigungsrecht** mit Rückzahlung von 100% der Gesamtbeteiligung, fälschlich darstelle, dass bei Ausübung des Sonderkündigungsrechts das eingesetzte Kapital sicher zu 100% zurückgezahlt werde, ist nach Auffassung des Senats unbegründet, weil der Prospekt eine derartige Aussage nicht aufstellte.¹⁵²

Die Aussage "Sofern der Eintritt mehrerer Risiken zusammentrifft, können sie anlagegefährdend sein, d.h. es kann bei Verlust der Gesellschaftermittel zur vorzeitigen Auflösung der Beteiligungsgesellschaften kommen" verharmlost das Totalverlustrisiko in den Augen des Senats nicht. Im Zusammenhang betrachtet, ergebe sich nicht, dass nur die kumulative Verwirklichung von Risiken anlagegefährdend ist. 153

Das Feststellungsziel, wonach es im Prospekt an einer Darstellung der Tatsache fehle, dass die volatilen Durchschnittscharterraten für Container-

¹⁵⁰ a.a.O. – juris, Rn. 117.

¹⁵¹ a.a.O. – juris, Rn. 44 ff.

¹⁵² a.a.O. – juris, Rn. 47 ff.

¹⁵³ a.a.O. – juris, Rn. 49 ff.



Seite 56 von 75

schiffe **direkten Einfluss auf die Secondhand-Preise** von Containerschiffen hätten, diese also ebenfalls sehr volatil schwankten, ist unbegründet. Einen entsprechenden Hinweis muss der Prospekt nach Auffassung des Senats nicht enthalten.¹⁵⁴

Das Feststellungsziel, wonach der Prospekt nicht darstelle, dass die Anleger im Falle einer Insolvenz der Fondsgesellschaften nur nachrangig aus der Insolvenzmasse befriedigt würden, hält der Senat für unbegründet. Insoweit genügt der im Prospekt enthaltene Hinweis, dass es unter extrem schlechten Bedingungen zu einem Verlust der Gesellschaftermittel und zu einer vorzeitigen Auflösung der Beteiligungsgesellschaften kommen kann. Damit wird dem Anleger vor Augen geführt, dass eine schlechte Einnahmesituation zu einem Verlust der Gesellschaftermittel und somit dazu führen kann, dass er seine Einlage nicht zurückerhält. Aufgrund welcher Umstände im Einzelnen sich in diesem Szenario der Verlust der Gesellschaftermittel realisiert, ob es also zu einem Insolvenzverfahren kommt und wie dieses abläuft, braucht nach der Beurteilung des Senats nicht dargestellt zu werden, weil dies weder an dem Risiko noch an der Ursache des Risikos etwas ändert. 155

Das Feststellungsziel, wonach der Prospekt verheimliche, dass Charterraten für die Dauer einer mindestens 20jährigen Fondslaufzeit **rechnerisch unkalkulierbar** seien, ist unbegründet. Der Prospekt stellt die Unsicherheiten bei der Kalkulation in den Augen des Senats ausreichend dar. 156

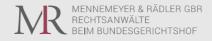
Auch der sogenannte **Kaskadeneffekt**, also die Verdrängung kleinerer Schiffsklassen durch größere Schiffe lässt sich aus Sicht des Senats dem Prospekt entnehmen.¹⁵⁷

¹⁵⁴ a.a.O. – juris, Rn. 52 ff.

a.a.O. – juris, Rn. 54 ff. mit Bezug auf BGH, Beschlüsse vom 23. Februar 2021 – XI ZB 29/19 – juris, Rn. 90; vom 18. Mai 2021 – XI ZB 19/18 – juris, Rn. 55 und vom 20. September 2022 – XI ZB 34/19 – juris, Rn. 84; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2021 und II/2022.

¹⁵⁶ BGH, Beschluss vom 06. Mai 2025 – <u>XI ZB 30/21</u>– juris, Rn. 58 ff.

¹⁵⁷ a.a.O. - juris, Rn. 61 ff.



Der Prospekt umschreibt ferner ausreichend den **Transshipment-Effekt**, so dass das Feststellungsziel, wonach es an einer entsprechenden Darstellung fehle, für den Senat unbegründet ist. 158

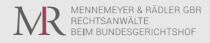
Seite 57 von 75

Im Prospekt habe nicht darauf hingewiesen werden müssen, dass durch die zum Zeitpunkt der Prospekterstellung beschlossene Abschaffung der Gruppenfreistellungsverordnung für Linienkonferenzen im Seefrachtverkehr (EWG Nr. 4056/86) zum 18. Oktober 2008 der Preisdruck auf die Charterraten weiter wachsen musste. Für den Senat ist aus Sicht des Anlegers das Wissen um das Risiko einer Anschlussbeschäftigung der Fondsschiffe unterhalb des prognostizierten Niveaus und deren negative Auswirkungen auf den Erfolg der Vermögensanlage entscheidend. Hierauf weist der Prospekt hin. 159 Zudem wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen das Beteiligungsergebnis negativ beeinflussen können. Diese Risikoaufklärung musste, anders als bei ins Gewicht fallenden spezifischen Unsicherheitsfaktoren, nach Auffassung des Senats nicht um einen konkreten Hinweis auf die Verordnung ergänzt werden. Bei der Verordnung handelt es sich für den Senat nicht um einen Umstand, der es im maßgeblichen Zeitpunkt der Prospektaufstellung wahrscheinlich gemacht hätte, dass er den vom Anleger verfolgten Zweck gefährdet. Die Prospektverantwortlichen hätten bei Aufstellung des Prospekts nicht davon ausgehen müssen, dass die Aufhebung der Gruppenfreistellungsverordnung für Linienkonferenzen mit einer relevanten Wahrscheinlichkeit negative Auswirkungen auf das Einnahmenniveau haben wird. Das ergibt sich für den Senat aus den Erwägungsgründen der Verordnung. 160

¹⁵⁸ a.a.O. – juris, Rn. 63 f.

¹⁵⁹ a.a.O. – juris, Rn. 65 ff.

¹⁶⁰ a.a.O. – juris, Rn. 68.



Seite 58 von 75

Dass aufgrund der erwarteten **Fertigstellung des erweiterten Panama-Kanals** im Jahr 2015 etwaige Wettbewerbsvorteile des Panamax-Fondsschiffes entfielen, musste im Prospekt nach der Beurteilung des Senats nicht angegeben werden.¹⁶¹

Der Prospekt habe keinen Hinweis darauf enthalten müssen, dass die Fonds-schiffe jeweils zu einem Zeitpunkt erworben worden seien, zu dem die **Neubaupreise bis dahin historische Höhen** erreicht hätten.¹⁶²

In den Augen des Senats vermittelt der Prospekt nicht den Eindruck, ein **Schiffsschätzer** habe die **Fondsschiffe vor Übernahme gesichtet**, so dass auch dieses Feststellungsziel als unbegründet angesehen wurde.¹⁶³

Der Prospekt musste nach Auffassung des Senats auch weder einen Hinweis auf eine sogenannte **Loan-to-Value-Klausel** enthalten¹⁶⁴, noch auf die Vereinbarung einer sogenannten **105%-Klausel**, also auf (darlehens)vertragliche Regelungen, die im Falle des Überschreitens einer näher definierten Wechselkursschwelle zu Sonderzahlungen verpflichten.¹⁶⁵

Das Feststellungsziel, wonach es an einer Darstellung fehle, dass "durch **Basel II**, sprich den EU-Richtlinien 2006/48 und 2006/49 bei einer Änderung der Einnahmen (= Charterraten) oder Ausgaben (= Betriebskosten) eines Schiffes sich das Kreditausfallrisiko ändere, die Bank mehr Eigenkapital unterlegen müsse, was dazu führe, dass die Bank dieses Risiko durch höhere Zinsen einpreisen müsse", sieht der Senat als unbegründet an. Einen solchen Hinweis habe der Prospekt nicht enthalten müssen. 166

a.a.O. – juris, Rn. 71; vgl. zur – verneinten – Hinweis auf den geplanten Ausbau des Panamakanals auch BGH, Beschluss vom 11. März 2025 – XI ZB 24/23 – juris, Rn. 27 ff.

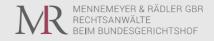
¹⁶² a.a.O. – juris, Rn. 72.

¹⁶³ a.a.O. – juris, Rn. 74 ff.

¹⁶⁴ a.a.O. – juris, Rn. 78 ff.

¹⁶⁵ a.a.O. – juris, Rn. 80 ff.

¹⁶⁶ a.a.O. – juris, Rn. 82 ff.



In den Augen des Senats wirbt der Prospekt nicht irreführend mit werthaltigen Platzierungsgarantien. Denn auf das Risiko eines Ausfalls der

Platzierungsgarantin weise der Prospekt hin. 167

Seite 59 von 75

Das Feststellungsziel, wonach **unvertretbar niedrige Betriebskosten** und eine **unvertretbar niedrige Betriebskostensteigerung** von 3% ab dem Jahr 2010 kalkuliert würden, ist nach Auffassung des Senats ebenfalls unbegründet.¹⁶⁸

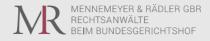
Die **Sensitivitätsanalysen** sind nach Ansicht des Senats nicht wegen unrealistisch niedrig angegebener Abweichungen irreführend. Denn die Sensitivitätsanalyse dient (nur) der **exemplarischen Darstellung** von Auswirkungen der zuvor im Prospekt beschriebenen Unsicherheiten und Risiken auf den Anlageerfolg. Hierzu reicht es nach Auffassung des Senats grundsätzlich aus, gegenüber der "Standardprognose" eine realistisch vorteilhaftere und eine realistisch nachteiligere Verlaufsform darzustellen. Die Sensitivitätsanalyse ist jedoch **nicht Teil der Risikobeschreibung** und braucht ein "**Worst-case-Szenario**" nicht auszudrücken.¹⁶⁹

Das Feststellungsziel, wonach im Prospekt fehlerhaft nicht auf das Risiko einer Majorisierung von Stimmrechten hingewiesen werde, hatte keinen Erfolg. Einer besonderen Aufklärung darüber, dass Anleger mit vergleichsweise hohen Kommanditbeteiligungen und den damit verbundenen Stimmrechten mitunter wesentlichen Einfluss auf die Geschicke der Fondsgesellschaft nehmen und Anleger mit vergleichsweise geringen Kommanditbeteiligungen in den Gesellschafterversammlungen überstimmen können, bedurfte es nach Auffassung des Senats nicht. Insoweit han-

¹⁶⁷ a.a.O. – juris, Rn. 84 ff.

¹⁶⁸ a.a.O. – juris, Rn. 86 ff.

a.a.O. – juris, Rn. 90 ff. mit Bezug auf BGH, Beschluss vom 09. April 2024 – XI ZB 28/20 – juris, Rn. 52; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2024.



Seite 60 von 75

delt es sich in seinen Augen nicht um ein mit der Anlage verbundenes spezifisches Risiko, sondern ein allgemein bekanntes Phänomen bei Publikumsgesellschaften.¹⁷⁰

Das Feststellungsziel, wonach dem trotz nur eingeschränkter Fungibilität der Kommanditanteile mit der Aussage "C. bietet für den Handel von Zweitmarktanteilen einen speziellen Service, den C. -Zweitmarkt, an. Dennoch kann die Handelbarkeit für die Beteiligungen eingeschränkt sein." suggeriert werde, dass ein **geregelter Zweitmarkt** für die streitgegenständliche Beteiligung bestünde, hat der Senat zurückgewiesen. Der Prospekt erwecke nicht den Eindruck, dass ein geregelter Sekundärmarkt für die Kommanditbeteiligungen besteht.¹⁷¹

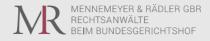
Der Prospekt enthalte auch ausreichende Angaben über die Risiken und vertraglichen Verpflichtungen einer Poolbeschäftigung des Fondsschiffes.¹⁷²

Auch das Feststellungsziel, wonach konkrete Angaben zum Versicherungsschutz fehlten, und fälschlich behauptet werde, dass im Falle des Verlusts eines Schiffs die Versicherungsleistungen ausreichen würden, um den Anlegern ihr investiertes Kapital vollständig zurückzuzahlen, seien unbegründet. Für den Senat genügt es, dass der Anleger dem Prospekt entnehmen kann, dass eine Versicherung für den Fall des Totalverlusts des Schiffes, eine Kaskoversicherung für Schadensfälle sowie eine P&I-Versicherung für Haftpflichtschäden gegenüber Dritten und eine Versicherung für technisch bedingte Einsatzausfälle abgeschlossen werden sollen. In dem Kapitel zu den Risiken werde auf das Risiko hingewiesen, dass für eintretende Schäden die abgeschlossenen Versicherungen nicht ausreichen bzw. nicht greifen und ferner ein Ausfallrisiko in Bezug auf die Versicherungsgesellschaften selbst besteht. Für die Beschreibung dieser

¹⁷⁰ a.a.O. – juris, Rn.94 ff.

¹⁷¹ a.a.O. - juris, Rn. 97 ff.

¹⁷² a.a.O. – juris, Rn. 99 ff.



Seite 61 von 75

Risiken spielen die Versicherungsbedingungen im Einzelnen und auch der Name des Versicherers nach Auffassung des Senats keine Rolle. Die Angabe, jedes Schiff werde bei einem internationalen Versicherungskonsortium ab Ablieferung so versichert, dass im Fall des Totalverlusts die jeweilige Gesamtinvestitionssumme abgedeckt sei und die Gesellschafter ihre Gesellschaftermittel zurückerhielten, sei nur darauf gerichtet, den Deckungsumfang der erst noch abzuschließenden Versicherungen darzustellen, und enthält in den Augen des Senats keine Zusicherung, dass die Anleger im Versicherungsfall tatsächlich ihre Einlagen vollumfänglich zurückerhalten.¹⁷³

Das Feststellungsziel, wonach der Prospekt über das **Risiko einer möglichen Inanspruchnahme der Fondsgesellschaft durch Dritte** nicht aufkläre, hat der Senat ebenfalls als unbegründet angesehen.¹⁷⁴

Der Prospekt schließe auch nicht eine **Nachschusspflicht** fälschlich aus. Die betreffende Darstellung beziehe sich ersichtlich auf die **deutsche Gesetzeslage**. In den Risikohinweisen werde ausdrücklich angegeben, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass bei einem nicht versicherten Schadensfall durch den Schiffsbetrieb ein **ausländisches Gericht** die nach deutschem Recht **beschränkte Kommanditistenhaftung nicht anerkennt**. Damit werde dem Anleger vor Augen geführt, dass er im schlimmsten Fall mit erheblichen Schadensersatzforderungen konfrontiert werden kann.¹⁷⁵

Das Feststellungsziel, wonach der Prospekt fehlerhaft sei, weil er das Risiko der **Rückforderbarkeit von Ausschüttungen** gemäß §§ 30, 31 GmbHG nicht erwähne, ist nach Auffassung des Senats schließlich ebenfalls unbegründet. Auf das Bestehen einer Haftung der Gesellschafter eines geschlossenen Schiffsfonds nach §§ 30, 31 GmbHG habe der Prospekt

¹⁷³ a.a.O. – juris, Rn. 103 ff.

¹⁷⁴ a.a.O. – juris, Rn. 107 ff.

¹⁷⁵ a.a.O. – juris, Rn. 110.



Seite 62 von 75

nach seiner Beurteilung nicht gesondert hinweisen müssen. Denn diese Haftung stelle **kein spezifisches mit der Kapitalanlage verbundenes Risiko** dar, sondern nur eine Ausprägung des allgemeinen Betriebs- und Vertragserfüllungsrisikos der Fondsgesellschaft.¹⁷⁶

Die bestreffenden Feststellungziele hat der Senat somit als unbegründet zurückgewiesen. Im Übrigen hat er die Sache zur weiteren Sachaufklärung zurückverwiesen. Die Rechtsbeschwerde hatte damit teilweise Erfolg. Anders als das Oberlandesgericht noch angenommen hatte, ist die Frage, ob die geltend gemachten Prospektfehler vorliegen, hinsichtlich Musterbeklagten zu 1 und zu 4 bis 8 entscheidungserheblich und daher zu prüfen. Denn sie haben aufgrund der von ihnen übernommenen **Vertriebsverantwortung** besonderes persönliches Vertrauen gegenüber den Anlageinteressenten in Anspruch genommen und haften deshalb nach der Rechtsprechung des Senats neben der spezialgesetzlichen Prospekthaftung den Anlegern auch nach § 280 Abs. 1, § 241 Abs. 2, § 311 Abs. 2 BGB.¹⁷⁷

e)

Im Effektengiroverkehr entfalten die Vertragsverhältnisse zwischen den beteiligten Depotbanken keine Schutzwirkung zugunsten Dritter. Bei Wertpapieren, die im Wege der Drittverwahrung sammelverwahrt sind, wird der Hinterleger durch eine Haftung seiner Depotbank als Zwischenverwahrerin nach § 3 Abs. 2 Satz 1 DepotG für ein Verschulden des Drittverwahrers geschützt. Bei im Ausland nicht sammelverwahrten Wertpapieren, über die dem Hinterleger Treuhand-WR-Gutschriften erteilt werden, gelten demgegenüber die Grundsätze der Drittschadensliquidation.

Eine nicht mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit ausgestattete deutsche Zweigniederlassung einer Bank mit Sitz im Iran ist keine Person im

¹⁷⁶ a.a.O. – juris, Rn. 111 ff.

a.a.O. – juris, Rn. 38 mit Bezug auf BGH, Beschluss vom 11. Juli 2023 – XI ZB 20/21 – juris, Rn. 41 ff.; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht II/2023.



Seite 63 von 75

Sinne von Art. 11 der Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates vom 22. November 1996 zum Schutz vor den Auswirkungen der extraterritorialen Anwendung von einem Drittland erlassener Rechtsakte (**EU-Blocking-VO**) sowie von darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen und damit **nicht berechtigt**, nach Art. 6 Abs. 1 dieser Verordnung **Schadensersatz** zu beanspruchen.

Die mit einer **Treuhand-WR-Gutschrift** verbundene Rechtsposition des Hinterlegers ist als **sonstiges Recht im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB** anzusehen und genießt **deliktsrechtlichen Schutz**.

Das Einfrieren von im Inland und Ausland verwahrten Wertpapieren durch die Zentralverwahrerin von Wertpapieren (Wertpapiersammelbank) auf einem Sperrkonto stellt eine Eigentumsverletzung bzw. Verletzung eines sonstigen Rechts im Sinne von § 823 Abs. 1 BGB dar. Die Rechtfertigung einer solchen Rechtsgutsverletzung mit drohenden US-Sekundärsanktionen setzt voraus, dass die wirtschaftliche Tätigkeit der Wertpapiersammelbank außerhalb der Europäischen Union Sanktionen der Vereinigten Staaten ausgesetzt ist, die für die Wertpapiersammelbank unverhältnismäßige Auswirkungen haben können. Dabei ist im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung eine Interessenabwägung vorzunehmen.

Die haftungsausfüllende Kausalität zwischen der Verletzung des Eigentums oder des sonstigen Rechts im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB des Hinterlegers von Wertpapieren und dem durch die Nichtausführung eines Verkaufsauftrags des Hinterlegers entstandenen Schaden ist schon dann gegeben, wenn der vom Hinterleger gegenüber seiner Depotbank gerichtete Verkaufsauftrag deswegen nicht an die Wertpapiersammelbank zur Ausführung weitergeleitet wird, weil diese ihn wegen des von ihr vorgenommenen Einfrierens der Wertpapiere nicht ausgeführt hätte, wenn er im Rahmen der Vertragskette an sie herangetragen worden wäre. Auf eine Kenntnis der Wertpapiersammelbank von dem konkreten Verkaufsauftrag kommt es nicht an.



Seite 64 von 75

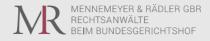
Das hat der XI. Zivilsenat am 18. März 2025¹⁷⁸ entschieden.

Die Drittverwahrung von Wertpapieren im Rahmen der Sammelverwahrung und die Erteilung von Treuhand-WR-Gutschriften über Wertpapiere dienen der Rationalisierung und Vereinfachung des Effektengiroverkehrs und des Depotgeschäfts. Erst sie ermöglichen die Durchführung des Effektengiroverkehrs und des (grenzüberschreitenden) Depotgeschäfts ohne körperlichen Transport der Wertpapiere nach dem Vorbild des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Anders wäre angesichts der massenhaft anfallenden Geschäftsvorgänge ein geordnetes Effektenwesen nicht denkbar. Der Charakter des Depotgeschäfts als Massengeschäft erlaubt es nach Auffassung des Senats nicht, die gegenüber dem jeweiligen Vertragspartner in der Kette der geschlossenen Depotverträge jeweils bestehenden Schutzpflichten der beteiligten Zwischenverwahrer und der Beklagten als Zentralverwahrerin auf die Hinterleger zu erstrecken. Insoweit gelten für den Senat dieselben Erwägungen, die auch bei der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, bei der im Rahmen eines Zahlungsvorgangs ebenfalls mehrere Banken vertraglich miteinander verbunden sind, gegen die Einbeziehung des Zahlungsdienstnutzers in den Schutzbereich der zwischen den Banken geschlossenen Verträge sprechen.179

Diese Erwägung gilt nach Auffassung des Senats unabhängig davon, ob die Wertpapiere bei der Beklagten im Rahmen der Girosammelverwahrung in einem Sammelbestand nach § 5 Abs. 1 oder Abs. 4 DepotG oder ob sie gemäß § 22 DepotG im Ausland verwahrt werden und die Beklagte an ihnen lediglich die für das Lagerland übliche Rechtsstellung als Treuhänderin hält. Girosammelverwahrung bzw. Treuhandvertrag dienen beide der Rationalisierung des Effektengiroverkehrs bzw. des Depotgeschäfts

¹⁷⁸ BGH, Beschluss vom 18. März 2025 – XI ZR 59/23 – juris.

¹⁷⁹ a.a.O. – juris, Rn. 34.



Seite 65 von 75

und lassen jeweils eine effektive Bewegung der Wertpapierurkunden entbehrlich werden. Ohne Belang ist in dem Zusammenhang, ob der Hinterleger an den Wertpapieren über die Kette von Verwahrungsverträgen Miteigentum an dem von der Beklagten verwahrten Sammelbestand der Wertpapiere erwirbt oder ob ihm über die Kette von Treuhandverträgen über die im Ausland verwahrten Wertpapiere **Treuhand-WR-Gutschriften** erteilt werden.¹⁸⁰

In beiden Fällen sieht der Senat den Hinterleger als **nicht schutzbedürftig** an, weil ihm **eigene inhaltsgleiche vertragliche Ansprüche** zustehen. Es besteht daher aus seiner Sicht keine Notwendigkeit, ihn in den Schutzbereich der zwischen den Banken geschlossenen Depotverträge einzubeziehen.¹⁸¹

Soweit die verbuchten Wertpapiere im Wege der **Drittverwahrung sammelverwahrt** sind, wird die Hinterlegerin durch eine **Haftung des Zwischenverwahrers nach § 3 Abs. 2 Satz 1 DepotG** für ein Verschulden des Drittverwahrers wie für eigenes Verschulden geschützt. ¹⁸² Soweit für im Ausland nicht sammelverwahrte Wertpapiere eine **Treuhand-WR-Gutschrift** erteilt worden ist, liegt zwar keine Drittverwahrung der Wertpapiere im Sinne des § 3 DepotG vor. Der Hinterleger hat in diesem Fall aber nach der Beurteilung des Senats die Möglichkeit, bei schuldhaften Pflichtverletzungen durch vertraglich mit ihm nicht verbundene Banken Schadensersatzansprüche **aus abgetretenem Recht der von ihm beauftragten Bank** nach den Grundsätzen der **Drittschadensliquidation** geltend zu machen. ¹⁸³ Die Situation in der **mehrgliedrigen Kette von Treuhandverträgen** entspricht nach Ansicht des Senats der für die Drittschadensliquidation anerkannten Fallgruppe der **mittelbaren Stellvertretung**. ¹⁸⁴

¹⁸⁰ a.a.O. – juris, Rn. 36.

¹⁸¹ a.a.O. – juris, Rn. 37.

¹⁸² a.a.O. – juris, Rn. 38.

¹⁸³ a.a.O. – juris, Rn. 39.

¹⁸⁴ a.a.O. – juris, Rn. 40.



Seite 66 von 75

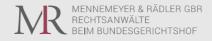
Nach Art. 6 Abs. 1 EU-Blocking-VO hat jede Person i.S.v. Art. 11 EU-Blocking-VO, die an einer Tätigkeit gemäß Art. 1 EU-Blocking-VO teilnimmt, Anspruch auf Ersatz von Schäden, die ihr aufgrund der Anwendung der im Anhang der EU-Blocking-VO aufgeführten Gesetze oder der darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen entstanden sind.¹⁸⁵

Wie den Erwägungsgründen 1 bis 5 der EU-Blocking-VO zu entnehmen ist, sollen mit den in ihrem Anhang aufgeführten Gesetzen die Tätigkeiten natürlicher und juristischer Personen geregelt werden, die der Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterstehen; diese Gesetze werden extraterritorial angewendet. Dadurch beeinträchtigen sie die bestehende Rechtsordnung und haben nachteilige Auswirkungen auf die Interessen der Union und die Interessen der bezeichneten Personen, indem sie das Völkerrecht verletzen und die Verwirklichung der Ziele der Union behindern. Zu den im Anhang der EU-Blocking-VO aufgeführten Gesetzen gehört u.a. der Iran Freedom and Counter-Proliferation Act of 2012 (IFCA), auf dessen Anwendung die Vereinigten Staaten nach ihrem Rückzug aus der Nuklearvereinbarung mit dem Iran nicht mehr verzichteten, wie sie am 8. Mai 2018 angekündigt hatten.

Von Art. 11 der EU-Blocking-VO werden nach dessen Nummern 1 und 2 natürliche Personen erfasst, die in der EU ansässig und Staatsangehörige eines Mitgliedstaats sind, sowie juristische Personen, die in der EU eingetragen sind. Eingetragen in diesem Sinne bedeutet, dass die juristische Person nach dem Recht eines EU-Mitgliedstaates gegründet sein und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der EU haben muss.¹⁸⁶

¹⁸⁵ a.a.O. – juris, Rn. 43.

¹⁸⁶ a.a.O. – juris, Rn. 46.



Seite 67 von 75

Auf eine nach iranischem Recht gegründete Bank mit Sitz im Iran – wie die Klägerin – treffe dies nicht zu. Die von ihr in München betriebene Zweigniederlassung betrachtet der Senat nicht als eigenständige juristische Person. Dass inländische Zweigniederlassungen von Banken aus Drittstaaten von der BaFin und damit in der Bundesrepublik Deutschland beaufsichtigt werden, rechtfertigt für ihn in dem Zusammenhang keine abweichende Beurteilung.¹⁸⁷

Das Einfrieren von Wertpapieren durch die Umbuchung auf ein Sperrkonto stellt sich für den Senat als eine Verletzung des Eigentums bzw. eines sonstigen Rechts im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB dar. 188

Soweit die Wertpapiere von der Beklagten im Rahmen eines Sammelbestands verwahrt werden, ist die Klägerin Miteigentümerin der Wertpapiere. Soweit die Wertpapiere im Ausland verwahrt sind und die Klägerin an ihnen aufgrund der im jeweiligen Land geltenden Usancen kein Eigentum oder Miteigentum erworben hat, ist sie Inhaberin von Treuhand-WR-Gutschriften geworden. Die mit solchen Gutschriften verbundene Rechtsposition ist dem Eigentum gleichwertig ausgestaltet. Sie ist daher nach der Beurteilung des Senats als sonstiges Recht im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB anzusehen. Der Senat stellt darauf ab, dass Ansprüche aus Treuhand-WR-Gutschriften insolvenz- und vollstreckungssicher sind. Insolvenz- und Zwangsvollstreckungsfestigkeit sind in den Augen des Senats kennzeichnend für dingliche Rechte und für absolut geschützte Vermögensrechte. 190

Die Umbuchung von Wertpapiergutschriften (GS-Gutschriften und Treuhand-WR-Gutschriften) auf ein Sperrkonto und das damit verbundene Einfrieren der Wertpapiere wirken nach Auffassung des Senats wie ein **Entzug des bestimmungsgemäßen Gebrauchs der Wertpapiere** und damit wie eine **zeitweilige Wegnahme**. Denn infolge dieser Maßnahme werden der

¹⁸⁷ a.a.O. – juris, Rn. 46.

¹⁸⁸ a.a.O. – juris, Rn. 56 ff.

¹⁸⁹ a.a.O. – juris, Rn. 57 ff.

¹⁹⁰ a.a.O. – juris, Rn. 59.

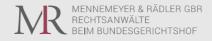


Seite 68 von 75

Eigentümerin bzw. Hinterlegerin weder die mit den Wertpapieren verbundenen Erträge (Zinsen) noch die Rückzahlungsbeträge gutgeschrieben, die am Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen fällig werden. Damit ist sie durch das Einfrieren auf dem Sperrkonto von den beiden zentralen Gebrauchsmöglichkeiten der Wertpapiere (Vereinnahmung von Erträgen und von Rückzahlungsbeträgen bei Fälligkeit) vollständig ausgeschlossen.¹⁹¹

Die Rechtfertigung einer Rechtsgutsverletzung der vorliegenden Art mit drohenden US-Sekundärsanktionen ist nach Auffassung des Senats nicht schlechthin ausgeschlossen. Sie setzt nach seiner Beurteilung voraus, dass die wirtschaftliche Tätigkeit der Beklagten außerhalb der Europäischen Union Sanktionen der Vereinigten Staaten ausgesetzt ist, die für die Beklagte unverhältnismäßige Auswirkungen haben können. Insoweit nimmt der Senat eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor. Dabei ist durch das unionsrechtliche Verbot nach Art. 5 Abs. 1 EU-Blocking-VO gesetzlich vorgesehen, US-amerikanische Embargo-Vorschriften nicht zu befolgen. Im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung sind die Beeinträchtigungen der mit der EU-Blocking-VO verfolgten Ziele – Schutz der bestehenden Rechtsordnung sowie der Interessen der Europäischen Union im Allgemeinen und damit die Verwirklichung des Ziels eines freien Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern – im Fall einer Verletzung des geschützten Rechtsguts gegen die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß wirtschaftlicher Verluste der Beklagten für den Fall abzuwägen, dass diese entgegen den US-Embargo-Bestimmungen Geschäftsbeziehungen mit Personen unterhält, die in der SDN-Liste aufgeführt sind. Unter wirtschaftlichen Verlusten in diesem Sinne sind nicht nur die Gefährdung der Rentabilität der unternehmerischen Tätigkeit und eine drohende Insolvenz, sondern auch der mögliche Ausschluss von der Teilnahme am **US-amerikanischen Markt** infolge der Sekundärsanktionen zu verstehen. Bei dieser Abwägung ist darüber hinaus zu berücksichtigen, ob die Beklagte

¹⁹¹ a.a.O. – juris, Rn. 60.



Seite 69 von 75

einen **Antrag auf Befreiung** nach Art. 5 Abs. 2 EU-Blocking-VO von dem Befolgungsverbot gestellt hat und ob eine erteilte Genehmigung Rückwirkung entfaltet.¹⁹²

Die haftungsausfüllende Kausalität betrifft den Ursachenzusammenhang zwischen der Rechtsgutsverletzung und der jeweiligen Schadensposition, hier also die Frage, ob das Einfrieren der Wertpapiere durch die Beklagte (Zentralverwahrerin) ursächlich für die Nichtausführung des an die Volksbank (Zwischenverwahrerin) gerichteten Verkaufsauftrags der Klägerin war. Nach Auffassung des Senats kommt es dabei nicht darauf an, ob der Beklagten der Verkaufsauftrag der Klägerin "bekannt" war. Der Ursachenzusammenhang besteht in seinen Augen vielmehr schon dann, wenn der an die Volksbank gerichtete Verkaufsauftrag deswegen nicht an die Beklagte zur Ausführung weitergeleitet wurde, weil diese ihn im Hinblick auf das von ihr vorgenommene Einfrieren der Wertpapiere auf dem Sperrkonto nicht ausgeführt hätte, wäre er von ihrer Vertragspartnerin an sie im Rahmen der Vertragskette herangetragen worden. 193

Dies führte zur Aufhebung und Zurückverweisung der Sache. Vertragliche Ansprüche der Klägerin (iranischen Bank) gegen die Beklagte als Zentralverwahrerin auf Schadensersatz wegen der unterbliebenen Ausführung eines Verkaufsauftrags hat der Senat mit dem Berufungsgericht verneint. Sie scheiden für den Senat aus, weil zwischen den Parteien hinsichtlich der streitgegenständlichen Wertpapiere weder ein Depot- noch ein Kommissionsvertrag geschlossen worden ist. Vertragspartnerin der Klägerin ist insoweit allein die Volksbank als Zwischenverwahrerin. 194 Bei dem mit der Beklagten bestehenden Depotvertrag handelt es sich nach Auffassung des Senats nicht um einen Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Klägerin. 195

¹⁹² a.a.O. – juris, Rn. 65.

¹⁹³ a.a.O. – juris, Rn. 70.

¹⁹⁴ a.a.O. – juris, Rn. 28 ff.

¹⁹⁵ a.a.O. – juris, Rn. 30 ff.



Seite 70 von 75

Auch einen Schadensersatzanspruch der Klägerin gegen die Beklagte aus Art. 6 Abs. 1 EU-Blocking-VO verneint der Senat, weil die Klägerin als iranische Bank mit Sitz in Teheran keine Person im Sinne von Art. 11 EU-Blocking-VO und damit nicht berechtigt ist, nach Art. 6 Abs. 1 EU-Blocking-VO Schadensersatz zu beanspruchen.¹⁹⁶

Ein Anspruch der Klägerin auf Schadensersatz aus § 823 Abs. 1 BGB kann aber nach Auffassung des Senats – entgegen dem Berufungsgericht – nicht ausgeschlossen werden. Denn nach der Beurteilung des Senats hat die Beklagte hat durch das Einfrieren der bei der Volksbank für die Klägerin im Depot geführten Wertpapiere auf einem Sperrkonto das Eigentum der Klägerin an den Wertpapieren verletzt. Soweit die Klägerin an den in ihrem Depot als Treuhand-WR-Gutschriften verbuchten ausländischen Wertpapieren kein Eigentum, sondern eine nach den im jeweiligen Land geltenden Usancen dem Eigentum gleichwertige Rechtsposition erworben hat, hat die Beklagte durch das Einfrieren dieser Treuhand-WR-Gutschriften auf einem Sperrkonto ein sonstiges Recht der Klägerin im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB verletzt. 197

Das Einfrieren der Wertpapiere durch die Beklagte in der maßgeblichen Zeit vom 16. bis zum 31. Januar 2020 ist für den Senat in casu nicht aufgrund von US-Sekundärsanktionen gerechtfertigt. Der Senat stellt darauf ab, dass die US-Sekundärsanktionen in diesem Zeitraum noch nicht in Kraft waren. Wirkung entfalteten diese erst im Oktober 2020. Eine Abwicklung des Verkaufs der Wertpapiere entsprechend dem der Volksbank erteilten Auftrag der Klägerin in der Zeit vom 16. bis zum 31. Januar 2020 durch Umbuchungen der für die Klägerin geführten Wertpapiergutschriften auf Wertpapierkonten von potenziellen Käufern hätte für die Beklagte daher nach US-amerikanischen Vorgaben keine Sanktionen zur Folge gehabt. Einen Antrag auf Befreiung nach Art. 5 Abs. 2 EU-Blocking-VO hat die Beklagte am 26. Februar 2021 und damit erst über ein Jahr nach dem hier für

¹⁹⁶ a.a.O. – juris, Rn. 42 ff., 45 ff.

¹⁹⁷ a.a.O. – juris, Rn. 53 ff.



den Hauptantrag der Klägerin maßgebenden Zeitraum vom 16. bis zum 31. Januar 2020 gestellt. 198

Seite 71 von 75

Im wiedereröffneten Berufungsverfahren wird sich das Berufungsgericht mit der Frage zu befassen haben, ob die Beklagte die Rechtsgutsverletzung schuldhaft begangen hat. Außerdem werden Feststellungen zur haftungsausfüllenden Kausalität und zur Schadenshöhe zu treffen sein.

6.-9. Factoring/Leasing, Geldwäsche, Bankenaufsicht, Steuerliche Bezüge

Hierzu sind im Berichtszeitraum keine Entscheidungen ergangen.

10 Besonderheiten des Verfahrens- und Prozessrechts

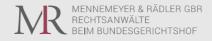
a)

Der Beschluss des XI. Zivilsenats vom 11. März 2025¹⁹⁹ befasst sich mit der Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde in dem Fall, dass der Musterkläger bei Einlegung der Rechtsbeschwerde erklärt hat, dass sich diese nur gegen die Musterbeklagten zu 1 und 2 richte, ausweislich der Rechtsbeschwerde- und Beitrittsbegründung er und die Beigetretenen aber bestimmte Feststellungsziele weiterverfolgen, die die Musterbeklagten zu 1 und 2 nicht betreffen.

Nach Auffassung des Senats steht es der Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde nicht entgegen, dass der Musterkläger seine Rechtsbeschwerde im Rahmen der Einlegungsfrist nach § 20 Abs. 1 Satz 1 KapMuG a.F. i.V.m. § 575 Abs. 1 Satz 1 ZPO zunächst nur gegen die Musterbeklagten zu 1 und

¹⁹⁸ a.a.O. – juris, Rn. 65.

¹⁹⁹ BGH, Beschluss vom 11. März 2025 – <u>XI ZB 1/24</u> – juris.



Seite 72 von 75

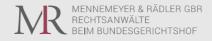
2 gerichtet hat, und er sowie die Beigetretenen nach Ablauf der Einlegungsfrist erst in der Rechtsbeschwerde- und Beitrittsbegründung die Aufhebung des Musterentscheids im weitergehenden Umfang begehren. Der Senat lässt offen, ob die Rechtsbeschwerde vom Musterkläger durch die Rechtsbeschwerdeschrift auf die Prozessrechtsverhältnisse zu den Musterbeklagten zu 1 und 2 in zulässiger Weise beschränkt worden ist oder ob von einer unbeschränkt eingelegten Rechtsbeschwerde auszugehen ist. Denn auch dann, wenn der Musterrechtsbeschwerdeführer seine Rechtsbeschwerde in der Rechtsbeschwerdeschrift auf die Überprüfung des Musterentscheids im Hinblick auf einzelne Feststellungsziele nach § 2 Abs. 1 Satz 1 KapMuG a.F. beschränkt haben sollte, ist der wirksam Beigetretene im Rahmen der ihm durch § 20 Abs. 4 Satz 2, § 14 KapMuG a.F. zugewiesenen Rechtsstellung nach Auffassung des Senats nicht gehindert, Rechtsverletzungen zu rügen, die über die Anträge des Musterrechtsbeschwerdeführers hinausgehende Feststellungsziele betreffen. Derartige Rügen haben die Beigetretenen vorliegend vorgebracht, indem sie eine Abänderung des Musterentscheids auch hinsichtlich solcher Feststellungsziele begehren, die die Musterbeklagten zu 1 und 2 nicht betreffen. Einen Widerspruch zu den Erklärungen und Handlungen des Musterklägers nach § 20 Abs. 4 Satz 2, § 14 KapMuG a.F. sieht der Senat darin nicht.²⁰⁰

b)

In seinem Urteil vom 03. Juni 2025²⁰¹ hat der XI. Zivilsenat in prozessrechtlicher Hinsicht entschieden, dass der **Musterbeklagte** in das Verfahren über eine Musterfeststellungsklage **im Rahmen einer Widerklage eigene Feststellungsziele einbringen** kann. Vom Musterbeklagten eingebrachte Feststellungsziele sind allerdings **unzulässig**, wenn sie sich nicht im Rahmen des **Lebenssachverhalts** halten, der durch die **Feststellungsziele des Musterklägers** vorgegeben ist.

²⁰⁰ a.a.O. – juris, Rn. 25 mit Bezug auf BGH, Beschluss vom 27. Juni 2023 – <u>II ZB 21/22</u> – juris, Rn. 15; vgl. Newsletter Bank- und Kapitalmarktrecht I/2023.

²⁰¹ BGH, Urteil vom 03. Juni 2025 – <u>XI ZR 45/24</u> – juris.



Seite 73 von 75

Im Grundsatz erkennt der Senat eine **Musterfeststellungswiderklage** als **zulässig** an.²⁰² Das folgt für ihn aus dem Wortlaut des § 606 Abs. 1 Satz 1 ZPO a.F. Danach kann auch das **Nichtvorliegen** von tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für das Bestehen oder Nichtbestehen von Ansprüchen oder Rechtsverhältnissen Gegenstand einer Feststellungsklage sein. Dabei handelt es sich meist um Fragen, deren Klärung typischerweise im **Interesse des Musterbeklagten** liegt.²⁰³

Der Zulässigkeit einer Widerklage des Musterbeklagten steht nach Auffassung des Senats nicht entgegen, dass nach § 606 Abs. 1 Satz 1 ZPO a.F. nur qualifizierte Einrichtungen klagebefugt sind. Dadurch soll in den Augen des Senats sichergestellt werden, dass Musterfeststellungsklagen nur im Interesse betroffener Verbraucher und von Organisationen erhoben werden können, welche aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit die Gewähr für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung und keine Anhaltspunkte für Missbrauch bieten. Mit diesen Zielsetzungen ist es für den Senat vereinbar, dass der beklagte Unternehmer in ein gegen ihn gerichtetes Musterfeststellungsverfahren eigene Feststellungsziele widerklagend einbringen kann. 204

Um die besonderen Voraussetzungen der Klagebefugnis nicht zu unterlaufen, müssen sich die Feststellungsziele des Musterbeklagten nach Ansicht des Senats allerdings im Rahmen des Lebenssachverhalts der Feststellungsziele des Musterklägers halten. Hierdurch wird für den Senat zugleich sichergestellt, dass das Erfordernis des § 606 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 3 Nr. 2 ZPO a.F. erfüllt ist. Wenn sich die Widerklage im Rahmen des Lebenssachverhalts der Feststellungsziele der Musterfeststellungsklage hält, kann die qualifizierte Einrichtung als Widerbeklagte die Interessen der von ihr repräsentierten Verbraucher wahrnehmen.²⁰⁵

²⁰² a.a.O. – juris, Rn. 94 ff.

²⁰³ a.a.O. – juris, Rn. 96.

²⁰⁴ a.a.O. – juris, Rn. 97.

²⁰⁵ a.a.O. – juris, Rn. 98.



Seite 74 von 75

Die Zulässigkeit einer Widerklage im Verfahren der Musterfeststellungsklage leitet der Senat überdies aus der **Gesetzessystematik**, nämlich dem in § 610 Abs. 5 Satz 1 ZPO a.F. enthaltenen Verweis auf die im **ersten Rechtszug für das Verfahren vor den Landgerichten** geltenden Vorschriften und damit auch für die Widerklage,²⁰⁶ sowie aus dem **Recht auf prozessuale Waffengleichheit** aus Art. 3 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG ab.²⁰⁷

Die Widerklage der Sparkasse im Musterfeststellungsverfahren betreffend die Folgen der unwirksamen Zustimmungsfiktion zu Entgeltänderungen blieb erfolglos. Zwar ist die Widerklage, anders als es das Kammergericht angenommen hatte, nach den dargestellten Grundsätzen aus Sicht des Senats nicht als solche unzulässig. Den Widerklageantrag zu 3, dass Verbraucher gegen die Musterbeklagte **keine Ansprüche auf Herausgabe von Saldoanerkenntnissen** haben, nur weil die Saldoanerkenntnisse Belastungsbuchungen betreffen, denen aufgrund der Unwirksamkeit der Zustimmungsfiktionsklausel keine Ansprüche der Musterbeklagten auf Entgeltzahlung zugrunde lagen, hat der Senat gleichwohl als unzulässig angesehen, weil er auf die Feststellung des **Nichtbestehens von Ansprüchen als solchen** gerichtet ist. Dies kann nach der Rechtsprechung des Senats **kein zulässiges Feststellungsziel** einer Musterfeststellungswiderklage sein.²⁰⁸

Der Widerklageantrag zu 1, dass der Wert der Leistungen, die die Musterbeklagte aufgrund bestehender Giroverträge erbracht hat, der Höhe nach jeweils dem Entgelt entspricht, das die Musterbeklagte im Neukundengeschäft für diese Leistungen vereinbart hat, ist nach Ansicht des Senats deswegen unzulässig, weil er für das Nichtbestehen von Ansprüchen der Verbraucher oder für Rechtsverhältnisse nicht vorgreiflich ist (§ 606 Abs. 1 Satz 1 ZPO a.F.). Auf den Wert der Leistungen, die die Musterbeklagte

²⁰⁶ a.a.O. – juris, Rn. 99 ff.

²⁰⁷ a.a.O. – juris, Rn. 103 ff.

²⁰⁸ a.a.O. – juris, Rn. 102, 108



Seite 75 von 75

aufgrund bestehender Giroverträge erbracht hat, kommt es nach der Beurteilung des Senats nicht an, da ein solcher Wert den bereicherungsrechtlichen Ansprüchen der Verbraucher nicht entgegengehalten werden kann. Da jeweils ein wirksamer Girovertrag bestanden habe, der die Musterbeklagte zur Erbringung der Zahlungsdienstleistungen verpflichtete, hätten die Verbraucher keine Leistungen aus den Giroverträgen ohne Rechtsgrund erlangt.²⁰⁹

Den Widerklageantrag zu 2, dass das Vermögen der Musterbeklagten nach Anrechnung des Werts der im Widerklageantrag zu 1 bezeichneten Leistungen durch kondizierbare Saldoanerkenntnisse nicht vermehrt ist, hat der Senat aus diesem Grund als unbegründet angesehen.²¹⁰

Karlsruhe, 23. Oktober 2025

Dr. Peter Rädler

Dr. Katja Lembach

²⁰⁹ a.a.O. – juris, Rn. 109 f.

²¹⁰ a.a.O. – juris, Rn. 111.